

Fragen der Freiheit



September/Oktober 1986
Heft 182

Soziale Bewegung

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

- Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien -
IX. Teil

Und was sie Menschen meinen,
Das ist mir einerlei;
Möchte mich mir selbst vereinen,
Allein wir sind zu zwei;
Und im lebengen Treiben
Sind wir ein hier und dort:
Das eine liebt zu bleiben,
Das andre möchte fort;
Doch zu dem Selbst-Verständnis
Ist auch wohl noch ein Rat:
Nach fröhlichem Erkenntnis
Erfolge rasche Tat.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Folge 182

September/Oktober 1986

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Fritz Penserot</i>	
Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung	
- Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien IX. Teil	
Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik	
- Walter Eucken -	3
<i>Hugo Schwenk</i>	
Kapitalismus-quo vadis?	47
<i>Hans Hoffmann</i>	
<i>Vor 50 Jahren</i>	
- am 26. September 1936	53
<i>Ankündigungen</i>	61
<i>Buchhinweise (Anzeigen)</i>	68

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

IX. Teil

Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik

Walter Eucken (1891–1950)

I. Die Grundlagen der Nationalökonomie

1. Das Verhältnis der Nationalökonomie zur Wirklichkeit
2. »Die Große Antinomie von Historie und Theorie«
3. Kritik der Nationalökonomie
4. Wissenschaftliche Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit
5. Die Wirtschaftssysteme
6. Die Marktformen
7. Hauptformen der Geldwirtschaft – Die Geldsysteme
8. Zum »Abschluß« der »Grundlagen der Nationalökonomie«

II. Grundsätze der Wirtschaftspolitik

1. Der Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung
2. Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung
 - A. Primat der Währungspolitik – Der währungspolitische Stabilisator
 - B. Die weiteren »konstituierenden Prinzipien« der Wettbewerbsordnung
 - C. Die »regulierenden Prinzipien«
 - D. Die Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik

III. Walter Euckens Vermächtnis

I. Die Grundlagen der Nationalökonomie

In zwei bedeutenden Werken vor allem hat die Lebensarbeit *Walter Euckens* ihren Niederschlag gefunden, in den »*Grundlagen der Nationalökonomie*« und in den »*Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*«, das erstere abgeschlossen 1939, das letztere 1950, jedoch erst posthum 1952 veröffentlicht. In den »*Grundlagen*« geht es um die Entwicklung seiner Methode, der wissenschaftlichen Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit; in den »*Grundsätzen*« um ihre Anwendung in der Wirtschaftspolitik. Das letzte Ziel *Euckens* ist die Lösung des wirtschaftlichen Grundproblems der Errichtung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung und der Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz. Dabei ergeben sich die folgenden Probleme:

1. Das Verhältnis der Nationalökonomie zur Wirklichkeit

Die Wissenschaft der Nationalökonomie hat in Deutschland nie festen Boden unter den Füßen gehabt. Weder über ihre Aufgabe, noch über ihre Methode, ihre Grenzen und ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik bestand Einigkeit unter den Nationalökonomien. Die einen wollten die tatsächlichen Wirtschaftsvorgänge erklären und waren der Meinung, daß dies nur mit der die historischen Wissenschaften charakterisierenden Methode möglich sei. Die andern wollten eine Theorie des Wirtschaftsprozesses entwickeln; ihre Methode war die der Deduktion aus gegebenen Prämissen. Die ersteren verlangten historische, rechtliche und soziologische Kenntnisse; die letzteren lehnten eine Vermischung der Disziplinen ab.

Auch in ihrer Stellung zur Wirtschaftspolitik unterschieden sich die beiden Gruppen. Die erstere verzichtete darauf, den Wirtschaftspolitikern bestimmte Ziele zu zeigen, während die letztere verlangte, die Nationalökonomie müsse wieder »politische Ökonomie« werden, eine Wissenschaft also, die sich ein Urteil bildet und der Politik die Ziele setzt. Bis über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hat in Deutschland die Theorie vorgeherrscht, verbunden mit der Auffassung, daß sich die Wirtschaftswissenschaft zu den Zielen der Wirtschaftspolitik äußern müsse. Mit dem Heraufkommen der Historischen Schule, vor allem ihrem sog. »jüngeren« Zweig (*Schmoller, Brentano, Bücher*), setzte sich dann die Auffassung durch, die später namentlich auch von *Max Weber* vertreten wurde, daß eine Stellungnahme der Wissenschaft zu den Zielen der Wirtschaftspolitik die Kompetenzen der Nationalökonomie überschreite, und diese Auffassung blieb schließlich die herrschende bis über den I. Weltkrieg hinaus.¹

¹ Zum »Methodenstreit« vgl. auch Teil IV/2 »Die 'Historische Schule' in Deutschland« Heft 170 F.d.F.

In diese Zeit der Verwirrung fiel nun das Studium von *Walter Eucken*. *Eucken* war am 17. Januar 1891 in Jena als Sohn des Philosophen *Rudolf Eucken* geboren. Studium in Kiel, Bonn (hier Promotion bei *Heinrich Dietzel*) und Jena; Habilitation bereits 1921 bei *Hermann Schumacher* in Berlin (in dessen Seminar er auch seine spätere Frau *Edith Erdsiek* kennen gelernt hat). Was *Eucken* von allem Anfang an auszeichnete, waren, zum einen, seine unermüdliche Wahrheitssuche und seine unbestechliche Urteilskraft, und, zum andern, seine außerordentliche Bescheidenheit und sein Mut. Diese Eigenschaften zusammen befähigten ihn, in der Wirrnis seiner Zeit unerschütterlich Kurs zu halten und seine einfache, klare, große Konzeption zu erarbeiten von dem, was die Aufgabe der Nationalökonomie ist, was sie leisten kann, wie sich der wirtschaftliche Lebensbereich zu den anderen Lebensbereichen und deshalb auch die Wirtschaftswissenschaft zu den anderen Wissenschaften verhält, und, schließlich, was sie der Wirtschaftspolitik zu bieten hat.

Natürlich stand diese Gesamtkonzeption nicht vom Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn für *Eucken* fest. Erst im Verlaufe seines Studiums, insbesondere während seiner Arbeit an der Habilitationsschrift (»Die Stickstoff-Frage«) gelangte er endgültig zu der Überzeugung, daß nationalökonomische Studien auf empirischem Gebiet ohne gründliche Kenntnis der Theorie unzureichend bleiben müssen, da sie nur zu einer Aneinanderreihung von Fakten führen, aber niemals Kausalzusammenhänge aufdecken können. Gerade darauf aber kam es ihm vom Anfang seiner Studien an an.

Sein endgültiger Bruch mit der Methode der historischen Schule erfolgte, als er nach dem I. Weltkriege in der Inflationszeit erfahren mußte, daß die Vertreter der historischen Schule diesem Phänomen Inflation völlig ratlos gegenüber standen; ja, daß Leute in verantwortlichen Positionen Theorien über die Geldentwertung aufstellten, die absolut falsch waren und, weil sogar danach gehandelt wurde, entsprechend gefährlich. Diese niederschmetternden Erfahrungen führten ihn zur Theorie. Nicht daß nun *Eucken* die Bedeutung der historischen Forschung verkannt hätte, wohl aber der aus der historischen Schule herausgewachsenen *Haltung* galt fortan sein Kampf. »Nun glaubt man, jede Zeit habe ihren Typus Mensch und jeder Mensch sein Weltbild, seine 'Wahrheit'. Die Wahrheit sei eine Funktion der geschichtlich gegebenen Bedingungen des Daseins: Damit bildet sich der »Historismus«, dessen Wesen in der grundsätzlichen Historisierung unseres gesamten Wissens, Denkens und Wertens besteht.«¹ *Eucken* wirft dieser Haltung also vor, daß sie verkenne, daß es Erkenntnisse gibt, die von ihrer Entstehungsweise gänzlich unabhängige Gültigkeit besitzen, und daß die These von der

1 zit. i. *Recktenwald* a.a.O. S. 581

geschichtlichen Wandelbarkeit der menschlichen Vernunft weder bewiesen werden könne, noch vor den Tatsachen bestehen könne; ja, daß vielmehr der Gang des Weltlaufs bestätige, daß es sehr wohl Erkenntnisse gibt, die absolut gültige Wahrheitserkenntnisse sind.

Im übrigen hat aber gerade die Auseinandersetzung mit der historischen Schule dazu geführt, daß der Drang nach Wirklichkeit *Eucken* gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen ist und er dadurch die Erkenntnis gewonnen hat, daß die wirtschaftliche Wirklichkeit nur durch Anwendung der *Theorie* auf die konkreten Phänomene analysiert werden kann. So enthielt denn auch sein erstes Buch, »Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem« 1923, das er unter dem Eindruck des Versagens der deutschen Nationalökonomie gegenüber den Inflationsproblemen schrieb, sowohl eine Theorie der Geldentwertung als auch deren Anwendung auf die konkrete deutsche Situation.

Die Aufgabe der Nationalökonomie blieb für *Eucken* immer die Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Da er aber erkannt hatte, daß diese Aufgabe nicht ohne Theorie zu lösen ist, so warf er sich konsequenterweise fortan ganz auf die Theorie.¹

Jedoch noch bevor *Eucken* die Theorie, ausgehend von den Erfahrungen des wirtschaftlichen Alltags, im einzelnen entwickelt, setzt er sich mit einer anderen Alltagserfahrung auseinander. Sinngemäß schreibt er im I. Kapitel der »Grundlagen der Nationalökonomie«.²

Aus dem wirtschaftlichen Alltag wächst nicht allein *das eine große Hauptproblem der Nationalökonomie*, »Wie erfolgt die Lenkung dieses gewaltigen arbeitsteiligen Gesamtzusammenhanges, von dem die Versorgung jedes Menschen mit Gütern, also jedes Menschen Existenz, abhängt?«, hervor. Im gleichen wirtschaftlichen Alltag findet sich auch *ein unübersehbares Gewirr von Meinungen und Ideologien*, welche sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Diese sind ein ungeheures Hindernis in der Erkenntnis der Wahrheit.

1. Die *Meinung* jedes wirtschaftlich Handelnden über wirtschaftliche Zusammenhänge bildet sich aus der wirklichen oder angenommenen *Interessenlage* heraus. *Schopenhauer*: »Eine geheime Macht übt unser *Vorteil*, welcher Art er auch sei, auf unser Urteil aus; was ihm gemäß ist, erscheint uns alsbald billig, gerecht, vernünftig; was ihm zuwider läuft, stellt sich uns im vollen Ernst als ungerecht und abscheulich, oder zweckwidrig und absurd dar.«

1 Vgl. hierzu *Friedrich A. Lutz* im Geleitwort zu den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« a. a. O. S. XI
2 Verlag Gustav Fischer, Jena 1941

2: Neben den zersplitterten Meinungen Einzelner werden im wirtschaftlichen Alltag und in der Wirtschaftspolitik die *Ideologien* geschlossener *Gruppen* wirksam. Nicht alle solche Ideologien tragen rein wirtschaftlichen Charakter. Oft werden religiöse oder philosophische oder politische Ideen als wirtschaftliche Interessenten-Ideologien benutzt. Wie oft waren und sind die Ideologien bemüht, die gewaltige geschichtliche Grundkraft der Religion zu Zwecken der herrschenden Schicht dienstbar zu machen. Auch die Historiker dienen sehr oft – bewußt oder unbewußt – den Interessen Herrschender oder um die Herrschaft kämpfender Gruppen.

Wieviel juristischer Scharfsinn ist im Laufe der Geschichte aufgeboten worden, um nachzuweisen, daß die Ansprüche von Machtgruppen in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht oder doch mit dem Rechtsempfinden stehen.

Aufgabe der Wissenschaftler ist mithin das ruhige Durchschauen der interesebedingten Meinungen und Ideologien und das Nachdenken über einen Weg, um aus dieser Welt der Illusionen und Vorurteile herauszugelangen.

3. *Wie läßt sich nun wissenschaftliche Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit vollziehen, trotzdem die Welt voll von Interessentenmeinungen und Interessentenideologien ist?*

Wie lassen sich die Zusammenhänge des konkreten wirtschaftlichen Alltags wahrhaft und unter Loslösung von interessenbestimmten, subjektiven Ansichten erklären?

Den Meinungen und Ideologien des Alltags gegenüber hat die Nationalökonomie die Aufgabe, sie im einzelnen nachzuweisen, ihren Einfluß zu durchschauen, sich von ihnen freizumachen und zu objektiv gültigen Erkenntnissen zu kommen.

Besonders die Nationalökonomie hat mit vorwissenschaftlichen Ansichten zu rechnen, hinter denen *stärkste vitale Kräfte des Selbstinteresses der Einzelnen und der Gruppen stehen, zu deren Überwindung eine außerordentliche Anstrengung notwendig ist.*

* * *

2. Die »Große Antinomie von Historie und Theorie«

Die Lösung dieses Problems stellt sich als durchaus zwiespältig dar. Erstens ist es ein individuell-historisches Problem, zweitens ein allgemein-theoretisches. Als individuell-historisches Problem haben wir es mit der unmittelbaren Anschauung von Tatsachen zu tun, die sich heute oder vor Jahrzehnten, hier oder in anderen Ländern, unter den verschiedensten Bedingungen usw. ereignet haben. Nur ein Beispiel: Niemand kann die außen- und innenpolitische Geschichte unserer Zeit verstehen, ohne die Weltwirtschaftskrise von 1929–1933, d. h. die rasche Verände-

rung des wirtschaftlichen Alltags großer Teile der Menschheit, verstanden zu haben. Insofern muß die Frage nach den Zusammenhängen also als *geschichtliche* Frage aufgefaßt werden.

Will man aber das unendliche Gewirr unendlich vieler Einzeltatsachen in den Griff bekommen, so muß man den komplizierten Sachverhalt in verschiedene Bestandteile zerlegen, also analysieren. So können *gedankliche Modelle* gewonnen werden und Zusammenhänge, die die unmittelbare Anschauung nicht erkennen läßt. So lassen sich dann 'Daten' feststellen, welche Produktionslenkung, Verteilung, zeitlichen Aufbau der Produktion, Anwendung der Technik und räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Hergänge *allgemein* bestimmen. Dank unsäres Denkens wird dadurch das erste Hauptproblem der *theoretischen Analyse* zugeführt, und so kann es gelingen, allgemeingültige Aussagen über notwendige Bedingungszusammenhänge, also theoretische Sätze, zu erarbeiten, die zur *Erkenntnis* konkreter Zusammenhänge führen.

Der *geschichtliche* Charakter des Problems verlangt also Anschauung, Intuition, Synthese, Verstehen, Einfühlung in individuelles Leben; der *allgemeintheoretische* Charakter indessen fordert rationales Denken, Analyse, Arbeiten mit gedanklichen Modellen. *Hie Leben - da Ratio!* Wie soll nun beides, lebendige Anschauung und theoretisches Denken zu faktischem Zusammenwirken gebracht werden?

Hieraus ergibt sich für *Eucken* als *zweites Hauptproblem* eine Kritik der bisherigen Nationalökonomie.

* * *

3. Kritik der Nationalökonomie

Am Anfang steht die Kritik der *klassischen* Nationalökonomie. Ihr Verdienst: sie hat den Gesamtzusammenhang des ökonomischen Geschehens entdeckt und die Methode des wirtschaftstheoretischen Denkens in umfassender Weise entwickelt, aber ihre theoretische Lösung wird der Mannigfaltigkeit des geschichtlichen Lebens noch nicht gerecht. Und zwar deshalb, weil sie die Distanz zwischen Theorie und geschichtlicher Realität noch nicht so stark empfand, da sie hauptsächlich die natürliche, vernunftgemäße und funktionsfähige Wirtschaft zu finden suchte.

In seiner Kritik der *Begriffsnationalökonomie*, das heißt der Versuche, durch Begriffsanalysen zum Wesen der Wirtschaft vorzudringen, dieses Wesen in Definitionen zu fassen, Systeme von Begriffen - die man »Theorien« nennt - zu schaffen und von da aus durch Deduktion zu Einzelergebnissen zu gelangen, kommt

Eucken zu einem harten Urteil: er nennt sie Axiome, richtiger »Pseudoaxiome«, denn sie treten mit dem Anspruch auf, evident zu sein und keines Beweises zu bedürfen, während sie in Wahrheit weder evident noch bewiesen sind. »Indem die Begriffsnationalökonomien Deduktionen aus pseudo-axiomatischen Thesen, die als Definitionen erscheinen, vornehmen, vollziehen sie einen Mißbrauch der Vernunft. Das ist ihr Kardinalfehler.« Ihre Folge: Wirklichkeitsfremdheit und Sektenbildung mit entsprechender Anhängerschaft. Beispiel *Othmar Spann*s »Universalismus«.

Eine dritte Kritik *Euckens* gilt dem *Dualismus*, dem Auseinanderfallen der historischen und der theoretischen Schule bzw. der von diesen gewonnenen »Erkenntnisse«. Das Ergebnis ist ein unfruchtbares Nebeneinander, die Unmöglichkeit des Erkennens lebenswichtiger Probleme, so z. B. in der Krise 1929–33.

Schließlich ist die Kritik des »*Empirismus*« zu nennen. Die rein deskriptive Wissenschaft, die gewaltige Sammlungen und Beschreibungen von einzelnen wirtschaftlichen Situationen angehäuft hat, kann doch zu keiner Wirklichkeitserkenntnis gelangen, weil sie keine sinnvollen Fragen stellt: »*warum*« sind die Löhne niedrig? »*warum*« sind die Erträge in der Landwirtschaft so klein? »*warum*« gibt es hier Baumwollspinnereien? usw. Erst wenn die *Probleme* am *Anfang* stehen, kann man zu Erkenntnissen gelangen, und wenn sie von vornherein in *allgemeiner* Form gestellt werden. Können aber sichere Antworten auf die aufgeworfenen Fragen vom Empirismus nicht gegeben werden, so ergibt sich daraus die Unsicherheit und Haltlosigkeit vieler empirischer Nationalökonomien gegenüber den Meinungen und Ideologien von Interessenten.

* * *

4. Wissenschaftliche Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit

Zum Unterschied von den zuvor genannten Richtungen glaubt *Eucken* in der ebenfalls von der historischen Richtung unternommenen Bildung von *Wirtschaftsstufen* und *Wirtschaftsstilen* wenigstens den Versuch einer Überbrückung der »großen Antinomie« zu erkennen, doch kommt er auch hier letztlich zu keinem befriedigenden Ergebnis, zu keiner allumfassenden Theorie. Die Idee der *Wirtschaftsstufen* entstand im vergangenen Jahrhundert aus der damaligen Leitidee der Entwicklung. *List*, *Knies*, *Roscher*, *Hildebrand*, *Schönberg*, *Schmoller*, *Bücher*, *Sombart* sahen in aller wirtschaftlichen Wirklichkeit einen Entwicklungsprozeß und glaubten, Gesetzmäßigkeiten des Entwicklungsprozesses finden zu können. *Spiehoff* wollte die Verschiedenartigkeit des Wirtschaftslebens an sich einfangen durch die Konstruktion von »*Wirtschaftsstilen*«.

Nach eingehender Untersuchung der Wirtschaftsstufen und Wirtschaftssteile kommt *Eucken* zu dem Ergebnis, daß damit die konkrete Wirtschaftsordnung nicht erfaßt werden könne und daß diese Lehren mithin ein großer Irrtum seien. Und er untersucht nun bis in alle Details hinein die *Ordnungsformen* der Wirtschaft und – erst danach – die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Alltags, das heißt des *Wirtschaftsablaufs*. Und stellt fest:

Aus den Tatsachen werden durch *Abstraktion* die einzelnen Seiten der individuellen Erscheinung herausgehoben und so »*Idealtypen*« gewonnen, und zwar nicht durch generalisierende Abstraktion, sondern durch »*pointierend-hervorhebende*« oder »*isolierende*« *Abstraktion* am einzelnen Tatbestand. Auf die *reinen* Formen kommt es dabei entscheidend an. Wiewohl die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen unendlich ist, so ergibt sich dennoch, daß die Zahl der gefundenen reinen Ordnungsformen durchaus übersehbar ist. Alle geschichtliche Wirtschaft kann mit dieser Methode analysiert werden. Überall kommt es darauf an, das Individuelle voll herauszuarbeiten. Überall zeigt sich, daß diese durchdringende Anschauung des Einzelnen zur Entdeckung gewisser reiner Grundformen in übersehbarer Zahl führt. Die Zusammensetzung dieser Grundformen und die Art ihrer »*Verschmelzung*« ist verschiedenartig. Es wechseln auch die »*dominierenden*« und »*ergänzenden*« Ordnungsformen, ebenso wechselt die gesamtgeschichtliche Umgebung. Trotzdem finden sich in der Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsordnungen, in denen der Mensch gewirtschaftet hat und wirtschaftet, gewisse *einheitliche konstitutive Ordnungsformen*.

* * *

5. Die Wirtschaftssysteme

Der Leiter eines jeden Wirtschaftsgebildes, ob Selbstversorgerwirtschaft, ob altägyptische Tempelwirtschaft, ob moderner Industriebetrieb, ob zentralgeleitete Staatswirtschaft, handelt jeweils auf Grund eines *Wirtschaftsplans*. Alles wirtschaftliche Handeln beruht auf Plänen. Der einzelne Plan und sein Zustandekommen ist es daher, dessen Untersuchung erfolgen muß. Dabei finden wir zunächst die beiden Hauptmodelle, erstens das idealtypische Wirtschaftssystem der verkehrslosen »*zentralgeleiteten* Wirtschaft« und zweitens das Wirtschaftssystem der »*Verkehrswirtschaft*«.

Die »*Zentralgeleitete* Wirtschaft« ist dadurch gekennzeichnet, daß die Lenkung des gesamten wirtschaftlichen Alltags eines Gemeinwesens auf Grund des Planes *einer einzigen* Zentralstelle erfolgt. Diese *eine* Stelle bestimmt, wie die vorhandene Knappheit an Gütern überwunden werden soll. »*Verkehrswirtschaft*« ist dann gegeben, wenn sich die Gesellschaftliche Wirtschaft aus *vielen* Einzel-

wirtschaften zusammensetzt, deren *jede einzelne* ihre *eigenen* Wirtschaftspläne aufstellt und durchführt.

Die »*Zentralgeleitete Wirtschaft*« erscheint in vier Grundformen, und zwar 1. als »Total zentral geleitete Wirtschaft«; 2. als zentralgeleitete Wirtschaft mit freiem Konsumgutaustausch; dabei bilden sich »Tauschwerte«, Märkte und Preise, soweit ein allgemein gültiges Tauschmittel, »Geld«, hinzutritt. 3. kann zu dieser Form freie Konsumwahl hinzutreten und auf diese Weise individuellen Konsumwünschen noch mehr Rechnung getragen werden. Schließlich kann als 4. Form der zentralgeleiteten Wirtschaft auch noch freie Berufswahl und Arbeitsplatzwahl innerhalb bestimmter Grenzen hinzukommen. Bei allen Formen zentralgeleiteter Wirtschaft handelt es sich aber immer um die *Ballung wirtschaftlicher Macht* an einer einzigen Stelle. Ferner ist zu beobachten: je größer das zentralgeleitete Wirtschaftswesen und je straffer dessen Leitung, desto schwerfälliger ist diese und infolgedessen desto ineffektiver und korruptionsanfälliger.

Die idealtypische *Verkehrswirtschaft* besteht aus »Betrieben« und »Haushalten«, die miteinander in Verkehr oder Tausch treten. »*Betriebe*« sind wirtschaftliche Einheiten, in denen sich durch Kauf und Kombination von Arbeitsleistungen und sachlichen Produktionsmitteln die *Produktion* von Waren und Leistungen, die verkauft werden, vollzieht. »*Haushalte*« dagegen sind reine *Konsumgemeinschaften*, die gar nichts herstellen, aus denen jedoch zugleich das Angebot von Arbeitsleistungen oder Sparsummen erfolgt, aus denen sich Einkommen ergibt.

Während in der *zentralgeleiteten Wirtschaft* jeder Plan *vollständig* ist und auf die Einzelwirtschaften keinerlei Rücksicht nimmt, sind in der *Verkehrswirtschaft* alle Pläne insofern *unvollständig*, als sie immerzu auf die Pläne und Handlungen der anderen Einzelwirtschaften Rücksicht nehmen müssen. Alle Einzelwirtschaften stehen hier im Verhältnis *gegenseitiger Abhängigkeit* zueinander; denn jeder Plan ist im Hinblick auf den Gesamtwirtschaftsorganismus nur ein Teilplan.

Daraus ergibt sich für die Verkehrswirtschaft die Notwendigkeit und das große Problem der *Koordination der Einzelpläne und der Einzelhandlungen* aller Wirtschaftsteilnehmer.

Erstens muß daher in einer Verkehrswirtschaft eine allgemeingültige *Rechnungsskala* bestehen, an der sich die Pläne der Einzelwirtschaften ausrichten. Ohne solche Rechnungsskala würde der Gesamtwirtschaft das Steuer bzw. die Steuermöglichkeit fehlen. Darum haben die Menschen jeweils ein Standardgut zur Rechnungsskala gemacht und damit eine *Koordinationsbasis*. Die *einheitliche Rechnungsskala* ist also ein notwendiges Attribut der Verkehrswirtschaft.

Zweitens: Jede Einzelwirtschaft, die mit anderen Einzelwirtschaften in Verkehr

tritt, ist »Anbieter« und »Nachfrager« zugleich. Stets vollziehen sich alle verkehrswirtschaftlichen Beziehungen in *Angebot und Nachfrage*, die sich auf dem »Markte« begegnen. Nun aber zeigt die geschichtliche Erfahrung, daß die Art, wie die Einzelwirtschaften anbieten und nachfragen, wie sie also aufeinander angewiesen sind, äußerst verschiedenartig war und ist. Dabei machen sich Verschiedenheiten nach zwei Seiten hin geltend:

Die *Machtposition* der Einzelwirtschaft ist auf den einzelnen Märkten sehr verschieden. Oft muß sie sich den Markthergängen *anpassen*, oft aber kann sie auch die Markthergänge entscheidend *bestimmen*. Zum andern vollzieht sich der Tauschverkehr in natura oder mittels eines allgemein anerkannten Tauschmittels, »Geld« genannt. Dieses Geld aber nahm im Laufe der Geschichte sehr verschiedene Gestalt an. Auch nach dieser Seite hin sind also aus dem geschichtlichen Befund durch pointierende Hervorhebung die reinen Formen zu gewinnen, nämlich die *Hauptformen der Geldwirtschaft* und die *Geldsysteme*.

Somit vollziehen sich die Koordination der Wirtschaftspläne, der wirtschaftlichen Handlungen der Einzelwirtschaften und der gesamte Wirtschaftsprozeß je nach Marktform und je nach Geldsystem und Hauptform der Geldwirtschaft in verschiedener Weise.

* * *

6. Die Marktformen

Bei der Ausbildung seiner Marktformenlehre geht *Eucken* von *zwei Arten des Angebots und der Nachfrage* aus: Angebot und Nachfrage sind »*offen*«, wenn jedermann am Markt Zutritt hat und beliebige Mengen anbieten oder nachfragen kann. Und ferner, wenn jedem die Ausübung irgend eines Berufes praktisch bedingungslos gestattet ist, wenn es keinen *numerus clausus* gibt und keine Investitions- und Errichtungsverbote. Angebot und Nachfrage sind »*geschlossen*«, wenn *nicht* jeder Mensch als Anbieter oder Nachfrager auf den Markt treten darf; wenn nur ein bestimmter geschlossener Kreis von Unternehmern zur Belieferung eines Marktes oder zum Kauf auf einem Markt zugelassen ist; oder wenn Errichtungs- und Investitionsverbote bestehen; oder wenn nur einer bestimmten Gruppe von Arbeitern die Arbeit in gewissen Berufszweigen erlaubt ist; oder wenn nur eine bestimmte Gruppe von Haushaltungen zum Kauf gewisser Waren zugelassen ist.

Eucken kommt dabei zu dem Ergebnis, daß es prinzipiell nur je fünf Formen des Angebots und der Nachfrage gibt, die in ihrer Kombination zusammen nur 25 Marktformen ergeben, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

Form des Angebots		Marktf orm			Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)
Form der Nachfrage	Konkurrenz	Teiloligopol	Oligopol	Teilmonopol	
Konkurrenz	Vollständige Konkurrenz	Angebots-Teiloligopol	Angebots-oligopol	Angebots-Teilmonopol	Angebotsmonopol
Teiloligopol	Nachfrage-Teiloligopol	Beiderseitiges Teiloligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebots-oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebotsteilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Oligopol	Nachfrage-oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-oligopol	Beiderseitiges Oligopol	Oligopolistisch beschränktes Angebotsteilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Teilmonopol	Nachfrage-Teilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Beiderseitiges Teilmonopol	Teilmonopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)	Nachfrage-Monopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Teilmonopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Beiderseitiges Monopol

7. Hauptformen der Geldwirtschaft – Die Geldsysteme

Wir unterscheiden zwei *Hauptformen* der Geldwirtschaft: Geld wird zugleich auch als Recheneinheit benutzt, und Geld und Recheneinheit sind getrennte Größen. In den beiden Hauptformen wickelt sich der Wirtschaftsprozess nach Planung und tatsächlichem Hergang verschiedenartig ab.

Ferner unterscheiden wir drei *Geldsysteme*: *erstens*, Geld entsteht dadurch, daß ein Sachgut zu Geld wird – *Münzprägung* –, wobei diese in einem »geschlossenen Angebotsmonopol« stattfinden kann (der Staat allein prägt die Münzen) oder in einem »offenen Angebotsoligopol« (wenige Münzprägestätten stehen im Wettbewerb miteinander) oder in »vollständiger Konkurrenz« (freies Prägerecht für alle möglichen Fürsten, Banken usw.). *Zweitens* entsteht Geld dadurch, daß *Kredit gegen Schuldscheine* gewährt wird, der dann als »Geld« unter Großhändlern umläuft. Hierzu gehören auch Banknoten oder Giralgeld (Gutschriften) als Gegenleistung für die Lieferung eines Sachgutes. Der Staat oder andere Fürsten haben sich dieser Form der Geldschaffung besonders oft bedient, wobei der Staat als der Schuldner und damit als der eigentliche Geldschöpfer auftritt. Dazu gehören auch die vom Staat ausgegebenen Schatzwechsel, die als Geld umlaufen, und das von ihm ausgegebene Papiergeld. *Drittens*: nicht der Kreditnehmer, sondern der *Kreditgeber* schafft Geld: Banknoten werden von der *Zentralbank* geschaffen

(also in einem geschlossenen Monopol), und zwar – soweit es nicht bei Kauf von Gold oder Silber als Gegenleistung geschieht – in *der* Weise, daß die Notenbank Staatsschuldverschreibungen erwirbt oder im Wechseldiskont- und Lombardgeschäft Kredit gewährt. Der Unterschied zum zweiten Geldsystem tritt dabei deutlich hervor: läuft eine Staatsschuldverschreibung selbst als Geld um, so ist der Kreditnehmer Staat der Geldschöpfer. Wird die Staatsschuldverschreibung von der Zentralbank in Offen-Markt-Politik erworben, so ist nicht der Staat der Geldschöpfer, sondern der Kreditgeber: die Zentralnotenbank – *sie* schafft dann die Noten, das Geld.

Als im 19. Jahrhundert Bankenfreiheit bestand und viele Banken selbst Noten in Verkehr brachten (sowohl im Konkurrenz- als auch im Oligopolverhältnis zueinander), war die Folge, daß der Preis des originären Metallgeldes immer höher stieg, weil immer mehr Noten in Umlauf gesetzt wurden, wodurch die Gesamtmenge der Zahlungsmittel entsprechend vermehrt wurde. Und die weitere Folge dieser Wertminderung der Banknoten war, daß sie den Goldabfluß nach sich zog. Während man damals aber glaubte, daß der Abfluß des Goldes an dem ganzen Unglück Schuld sei, wies *David Ricardo* in seiner Schrift »The High Price of Bullion – a Proof for the Depreciation of Banknotes«, 1809, darauf hin, daß es gerade umgekehrt sei: je mehr Banknoten, desto höher der Goldpreis. Und im Gegensatz zu den Anhängern des Metallgeldes fordert er dessen Abschaffung überhaupt und dessen Ersatz durch das Papiergeld, allerdings unter der Bedingung, daß dessen »Menge nach dem Wachstum des dafür bestehenden Bedürfnisses« geregelt wird, wobei dies »nur auf Grund des Monopols einer Staatsbank funktionieren« könne, denn »die Behauptung, daß die (freien) Emissionen nicht den Bedarf des Handels überschreiten, ist vollständig wertlos, weil es nämlich unmöglich ist, die Summe festzusetzen, die für diese Bedürfnisse nötig ist. Der Handel ist in seinen Ansprüchen unersättlich.¹

Nach diesem Exkurs, der aber im Hinblick auf die durch *F.A. von Hayek's* Vorschläge einer wettbewerblichen Geldproduktion in Gang gekommenen Diskussion über eine Verbesserung der Geldordnung berechtigt sein dürfte, zurück zu *Walter Eucken*: Das *Giralgeld* oder Guthabengeld, das heute besonders wichtig ist, wird mit der Gewährung von Krediten von den Geschäftsbanken geschaffen. Die Tatsache, daß Noten ausschließlich in geschlossenem Angebotsmonopol der Zentralnotenbank geschaffen werden, nicht aber das Giralgeld, und die weitere Tatsache, daß eben dadurch schwere Störungen des Geldumlaufs auftreten, hat zu Vorschlägen geführt, auch die Giralgeldschaffung geschlossenen, staatlich beaufsichtigten Einzelmonopolen anzuvertrauen und damit den Geschäftsbanken das

1 (zit. i. *Gide & Rist*, dtsc. Ausgabe, S. 188/89)

vgl. hierzu auch die bekannte Feststellung, die der Bankier der Königin Elisabeth von England, *Sir Thomas Gresham* (1709–1779), getroffen hat, daß nämlich von zwei nebeneinander zirkulierenden und mit gleicher gesetzlicher Zahlkraft ausgestatteten Geldarten die wertvollere alsbald aus dem Zahlungsverkehr zu verschwinden pflegt (»*Gresham-sches Gesetz*«: Das schlechte Geld verdrängt das gute.)

Recht zu *nehmen*, Giralgeld zu schaffen, das hieße praktisch; ihnen die Möglichkeit zur Gewährung von Krediten stark einzuschränken – das hieße also, diese Schaffung von »Geld« in Konkurrenz oder Oligopol praktisch abzuschaffen.

Euckens Analyse des konkreten, geschichtlich gegebenen Geldes führt somit zur Aufdeckung idealtypischer Geldsysteme, die sich in der Realität als *Ordnungsformen* finden in verschiedenen Zusammensetzungen und von denen sich jedes prinzipiell in allen Marktformen ausprägen kann: erstes Geldsystem: Geld entsteht durch Umwandlung eines Sachgutes; zweites Geldsystem: Geld wird bei Kauf von Waren und Leistungen von den Käufern geschaffen; drittes Geldsystem; alles Geld wird im Akt der Kreditgewährung durch den oder die Kreditgeber geschaffen. Diese »Geldsysteme« dienen dazu, den Aufbau der konkreten Währungen – also die *Ordnungen* des Geldwesens – zu erkennen.

Damit ist in groben Zügen angedeutet, wie sich die gewaltige Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Erscheinungen erkennen läßt und wie *Eucken* die »*Idealtypen*« aus der konkreten Wirklichkeit gewonnen hat und wie sie dem Aufbau konkreter Wirtschaftsordnungen dienen können bis hin zur Schaffung einer Dauerordnung der modernen Wirtschaft in Gestalt einer »*Wirtschaftsverfassung*«.

* * *

8. Zum »Abschluß«, der »Grundlagen der Nationalökonomie«

- 1) Die Frage nach dem *Ordnungsgefüge* der Wirtschaft ist keine quantitative Frage, dagegen quantitativ sind alle Fragen nach dem *Wirtschaftsablauf* – denn um Quantitäten handelt es sich in allen Fällen: von den Betriebsplänen bis zum Stundenlohn.
- 2) Nur richtige *Fragen* erschließt die Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen. Wir dürfen in der Wissenschaft nicht fragen, 'was wir wollen', sondern nur an Fragen festhalten, die der *Sache* gemäß sind, Fragen, die ein Eindringen in die Wirklichkeit eröffnen, die sich also bewähren. Das sind die Fragen nach dem *Wirtschaftsprozeß* und der *Wirtschaftsordnung*. Daraus ergeben sich mit Notwendigkeit *Einzelprobleme*.
- 3) Nur durch Eindringen in die konkrete Wirklichkeit kann die Nationalökonomie zu wissenschaftlicher *Erfahrung* kommen.
- 4) Das richtige Abstraktionsverfahren ist die 'pointierend-hervorhebende' Methode. Demgegenüber hat die 'generalisierende Abstraktion' zurückzutreten. Diese spielt nur in der Anwendung, nämlich bei wissenschaftlicher Bestimmung der konkreten Wirtschaftsordnungen, das heißt bei der Herausarbeitung der 'dominierenden' und 'ergänzenden' Formelemente eine gewisse Rolle. Durch die 'pointierend-hervorhebende' Methode gewinnt *Eucken* die *Idealtypen*

pen, ähnlich wie *Thünen* seinen »Isolierten Staat« gewonnen hat. Idealtypen, aus der Verschmelzung, in der sie sich in der wirklichen Wirtschaft finden, gelöste reine Formen, die einzeln keine wirtschaftliche Realität abbilden. Keineswegs zu verwechseln mit 'Realtypen' wie etwa *Büchners* »Stadtwirtschaft«.

- 5) Die Idealtypen sind *Werkzeug*, um zu wissenschaftlicher Erfahrung zu gelangen. Ihre Aufgabe: notwendige Zusammenhänge dort zu entdecken, wo das naive Denken Zufall und Willkür sieht. Echte *Theorie* entsteht aus strengem Gebrauch der Vernunft in Untersuchung der Tatsachen zur wissenschaftlichen Erklärung der konkreten Wirtschaft. *Ideologien* entstehen aus Impulsen des Willens, sind häufig Mittel des wirtschaftlichen Kampfes und verschleiern den Blick auf die wirkliche Wirtschaft.

Alle wirtschaftliche Wirklichkeit kann durch die Anwendung des Werkzeugs 'Theorie' wissenschaftlich erkannt werden. Nicht in dem Sinne, daß immer die gleichen Idealtypen oder theoretischen Sätze 'aktuell' sind, wohl aber in dem Sinne, daß stets ein bestimmter Teil des gedanklichen Apparats geeignet ist, die wirtschaftliche Wirklichkeit an bestimmtem Ort und zu bestimmter Zeit in Aufbau und Ablauf durch Anwendung zu erklären.

- 6) *Definitionen* fassen Ergebnisse der Sachanalyse zusammen und ermöglichen es so, mit diesen Ergebnissen weiterzuarbeiten. *Begriffe* wie Preis, Betrieb, Wert, Kapital, Geld usw., anfänglich in der unbestimmten Sprache des Alltags gebraucht, werden im Zuge der Analyse zu wohldefinierten und wissenschaftlich brauchbaren Begriffen, und die Folge der Definition zeigt an, wie sich die Wissenschaft aus der Alltagserfahrung allmählich herausarbeitet.

Darum ist es falsch, Definitionen von Begriffen (die ja noch gar nicht bekannt sind) am Anfang, oder zur Abgrenzung des Objekts am Anfang; oder gar: Definition = Explikation von Thesen, die die 'Begriffsnationalökonomien' von vornherein in die Wissenschaft einführen, zu verwenden.

Friedrich Schiller unterscheidet drei Stufen der Erkenntnis:

»*Der gemeine Empirismus*, der nicht über das empirische Phänomen hinausgeht. Für ihn sind die Wahrnehmungen immer einzeln und akzidentiell. Gemeiner Empirismus hat nur ein einziges Element der Erfahrung und mithin keine Erfahrung.

»*Der Rationalismus* sucht nach der Kausalität der Erscheinungen. Diese Funktion des Verstandes ist nach meinem Urteil notwendig und *conditio sine qua non* aller Wissenschaft. Aber er kommt in Gefahr, dasjenige strenge zu sondern, was in der Natur verbunden ist.

»*Der rationale Empirismus*, der gemeinen Empirismus und Rationalismus vereinigt, vollzieht wissenschaftliche Erkenntnis. So finden wir auch, daß nur

die vollkommene Wirksamkeit des sinnlichen Wahrnehmungsvermögens zu einer wissenschaftlichen Erkenntnis führt.«¹

7. Die nationalökonomische Wissenschaft muß *systematisch* sein. Die Systematik tragen wir nicht an die Tatbestände heran, sondern wir finden sie in den Tatbeständen vor. Systematisch heißt: einheitlich geordnet und in Zusammenhang gebracht.

Die Forderung, jede ökonomische Einzelfrage im Rahmen des ökonomischen Ganzen, das heißt systematisch zu sehen, wendet sich gegen zwei Zeitströmungen:

- a) Gefahr der Auflösung in Teilgebiete, Spezialuntersuchungen usw
- b) 'System' sei eine Sache vergangener Zeiten, 'Leben' sei das Anliegen der Gegenwart. Das Leben sei stärker als das System. Kritik am Bilden von Systemen war dann nicht unberechtigt, wenn die Systembildung aus wirklichkeitsfremden Voraussetzungen erfolgte. Aber: wo die faktischen Zusammenhänge es *verlangen*, müssen Systeme gebildet werden. Ein Verzicht auf das System würde in der Nationalökonomie Verzicht auf die Erkenntnis des vollen wirtschaftlichen Lebens bedeuten.

- 8) Nur solche Lösungen der beiden Hauptprobleme sind wesentlich und wertvoll, welche die *Überwindung der Meinungen und der Ideologien von Interessenten* vollziehen. Nur eine Wissenschaft, die auf *exakter Beobachtung der Tatsachen* beruht und die sich in unmittelbar einsichtigen, klaren Denkschriften vorwärtsarbeitet, kann sich aus dem Nebel der Alltagserfahrung herausarbeiten. Zugleich bedarf die Wissenschaft der strengen Ausrichtung an der *Idee der Wahrheit*. Sonst besteht die Gefahr, daß sie den Meinungen und Ideologien der Interessenten ausgeliefert wird.

- 9) Der rasche Wechsel des geschichtlichen Lebens während der neuesten Zeit hat die Nationalökonomie in eine schwierige Lage gebracht – weil die meisten Nationalökonomien nur Theorie für die jeweiligen Gegenwartssituationen ersonnen haben. Was zur Folge hat, daß je ausschließlicher die Nationalökonomien die jeweilige Gegenwartssituation beachten, je krampfhafter sie modern sein wollen, umso rascher veralten sie. Auf diese Weise läuft die Nationalökonomie hinter den Zeitereignissen her; sie fällt von einer Krise in die andere. Das durch pointierend-hervorhebende Abstraktion geschaffene morphologische und theoretische System überdauert die Wandlungen des geschichtlichen Werdens.

Der logische Charakter der Wirtschaftssysteme und der Theorie muß verstanden und der fundamentale Unterschied zwischen 'Wahrheit' und 'Aktualität'

¹ Brief an Goethe vom 17. Januar 1798.

erkannt sein. Mit dem Wechsel der Institutionen wechselt nur die Aktualität der einzelnen Teile. Heute unaktuelle theoretische Aussagen können in zwanzig Jahren wieder aktuell sein.

- 10) Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit setzt voraus, daß die wirtschaftlichen Probleme zwar als Sonderprobleme herausgehoben, zugleich aber auch in ihrem *universalgeschichtlichen* Zusammenhang gesehen werden.
- 11) Ist die Erforschung der Wirtschaftsordnungen oder die Bildung des idealtypisch-morphologischen Systems nicht doch als eine Fortführung der Lehre von den Stufen und Stilen und realtypischen Wirtschaftssystemen anzusehen? Nein. Denn
 - a) Die Wirtschaftsordnung ist eine individuelle Erscheinung, die Wirtschaftsstufen und -stile dagegen sind je ein Typus. Stufen und Stile werden gebildet, die Wirtschaftsordnungen aber werden erkannt. Wirtschaftsstufen und -stile sollen Grundlagen für theoretische Untersuchungen sein – Wirtschaftsordnungen nicht.
 - b) Ebenso wenig wie die Wirtschaftsordnungen haben die Wirtschaftssysteme, die Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, die Marktformen und Geldsysteme, hat also das ganze morphologische System, das in Untersuchung konkreter Tatbestände gefunden wird, mit den Stufen und Stilen eine Berührung:
Stufen- und Stillehre – zeitgebunden; Morphologisches System – nicht zeitgebunden in seinem Wahrheitsgehalt, nur in seiner jeweiligen Aktualität.
- 12) Die Abspaltung der *Betriebswirtschaftslehre* von der Nationalökonomie kann nicht aufrechterhalten werden. Ihre Probleme sind genau die gleichen. Betriebe und Haushaltungen sind Glieder der gesamten Wirtschaftsordnung, und die Hergänge in den Betrieben und Haushaltungen sind Teilhergänge des gesellschaftlichen Gesamthergangs. 'Wer Einzelnes einigermaßen erschöpfen will, muß das Ganze kennen.'
- 13) Nicht Einordnen der Einzelwissenschaften in gewisse Rubriken, sondern Herausarbeiten ihrer *Besonderheit*. Dann ergeben sich wieder Berührungspunkte mit anderen Wissenschaften.
- 14) Dann klärt sich auch die Frage, wie die Nationalökonomie zur *Rechtswissenschaft* und zum *Rechtsdenken* steht. Von der Wirtschaftsordnung aus sind allein wichtige Teile des geltenden Rechts in ihrem Zusammenhang zu verstehen – insbesondere dann, wenn diese Wirtschaftsordnung planmäßig und nach gewissen Grundsätzen geschaffen würde.

Beispiel: Will ein Richter über 'Preisunterbietung' entscheiden, so nutzt ihm der Begriff der 'Sittenwidrigkeit' nur wenig. Er muß sich vielmehr darüber klar sein, welche Wirtschaftsverfassung verwirklicht werden soll. Soll diese Wirtschaftsverfassung den Leistungswettbewerb als wesentliches Ordnungsprinzip verwirklichen, so muß der Richter die verschiedenen Marktformen – vor allem Oligopol, Teilmonopol und Vollständige Konkurrenz – unterscheiden. Dann vermag er auch die Preisunterbietung, die den Ordnungsgrundsätzen entspricht, von der unzulässigen Preisunterbietung des Monopolkampfes zu unterscheiden.

Oder: Den Sinn der *Gewerbefreiheit* oder *unbeschränkten Haftung* können Rechtswissenschaft und Rechtsprechung nur verstehen, wenn sie in ihnen Institutionen der Wirtschaftsverfassung sehen. Die unbeschränkte Haftung der Unternehmer z. B. hat in einer auf Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerb beruhenden Wirtschaftsordnung den Zweck, daß die Unternehmer unter dem Druck der unbeschränkten Haftung vorsichtig disponieren, vorsichtig Kredit aufnehmen und daß sie bei Mißerfolgen automatisch auscheiden. Die unbeschränkte Haftung soll leichtsinnige Bewirtschaftung des Volksvermögens verhindern.

- 15) Nun besteht auch die Möglichkeit der Schaffung einer *Dauerordnung* der modernen Wirtschaft durch eine »*Wirtschaftsverfassung*«.

II. Grundsätze der Wirtschaftspolitik

Bevor wir uns dem Zentralproblem *Euckens*, der Verwirklichung der freiheitlichen Wirtschaftsordnung durch die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz, zuwenden, muß die Vorfrage geklärt werden, ob es nicht doch Gesetzmäßigkeiten gibt, die die Entwicklung der Geschichte absolut bestimmen.

1. Der Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung

Lenkt ein Entwicklungsgesetz die Geschichte? Also auch die wirtschaftspolitische Entwicklung? Transformiert sich die Wirtschaftsordnung von heute mit Notwendigkeit in die Wirtschaftsordnung der nächsten Zukunft? Sehr viele Menschen glauben das: der »Kapitalismus« habe sich überlebt, er müsse durch »Planwirtschaft« abgelöst werden, usw.

Ideen, welche die Menschheit beherrschen, entstanden zunächst in den Köpfen einzelner. So *Hegel*, der »die Weltvernunft verstanden und gewürdigt (hat) als

einheitlicher und überlegener Leiter und Lenker dieses ganzen bunten Spiels, als Direktor der Marionetten der Geschichte.«¹

So die *Romantiker*, die sich eingebettet fühlen in die Geschichte der Familie, der Umgebung, des Volkes, deren »enthusiastische Hingabe« an die Geschichte zu ihrer Lebensstimmung gehört und die über *Nietzsche* und den *Existentialismus* bis in unsere Tage hineinwirken. Und so auch die *naturalistisch-positivistische* Bewegung, die aus dem Erleben der industriellen Revolution ihre Gedanken der Zwangsläufigkeit der Entwicklung konzipierte, darunter vor allem die 'Doctrin St. Simonienne' von 1829/30, auf die u. a. die uns heute so geläufigen Begriffe 'Sozialismus', 'Individualismus', 'Industrialismus' zurückgehen. *Saint-Simon* und seine Schüler glaubten, vor allem angeregt durch die Naturwissenschaften, die damals von Erfolg zu Erfolg schritten, daß es ein Geschichtsgesetz gebe, das »Gesetz des Fortschritts«. Die Menschheit wird von ihnen als ein kollektives Wesen angesehen, das sich fortschreitend, gesetzmäßig entwickelt. Der einzelne Mensch verschwindet in diesem Kollektivwesen vollständig, und er muß bewußt oder unbewußt dem Entwicklungsgesetz der Menschheit folgen. Mit Zwangsläufigkeit habe die Menschheit abwechselnd organische und kritische Epochen durchmessen. Die letzte kritische Epoche habe mit der Reformation begonnen und nähere sich nunmehr ihrem Ende, und es beginne ein neuer organischer Zustand, der eine *Assoziation aller Werktätigen* darstellen werde; eine Assoziation, in der es keine Konkurrenz mehr geben werde, die Leitung des Wirtschaftsprozesses erfolge von oben her, an ihrer Spitze stehen Wissenschaftler und Techniker, und ferner: »Das System wird eine Zentralbank besitzen, welche die Regierung nach der materiellen Seite hin darstellt. Diese Bank wird alles Vermögen verwalten, alle Produktionsmittel, kurz alles, was heute den Gesamtbetrag des Privateigentums ausmacht. Das also war der Glaube der *Saint-Simonisten*.²

1 Friedrich Meinecke zit. i. *Eucken* S. 200

2 Gelegentlich einer Unterhaltung über die *Saint-Simonisten*, die am 20. Oktober 1830 stattfand, hat sich *Goethe* zu *Eckermann* über das Problem geäußert.

»Die Hauptrichtung ihrer Lehre«, sagte *Eckermann* über die *Saint-Simonisten*, »scheint dahin zu gehen, daß jeder für das Glück des Ganzen arbeiten solle als unerläßliche Bedingung seines eigenen Glückes.« Darauf erwiderte *Goethe*: »Ich dachte, Jeder müsse bei sich selber anfangen und zunächst sein eigenes Glück suchen, woraus dann zuletzt das Glück des Ganzen unfehlbar entstehen wird. Übrigens erscheint jene Lehre mir durchaus unpraktisch und unausführbar. Sie widerspricht aller Natur, aller Erfahrung und allem Gang der Dinge seit Jahrtausenden. Wenn Jeder nur als Einzelner seine Pflicht tut und jeder nur in den Kreisen seines nächsten Berufes brav und tüchtig ist, so wird es um das Wohl des Ganzen gut stehen. Ich habe in meinem Beruf als Schriftsteller nie gefragt: Was will die große Masse, und wie nütze ich dem Ganzen? Sondern ich habe immer nur dahin getrachtet, mich selbst einsichtiger und besser zu machen, den Gehalt meiner eigenen Persönlichkeit zu steigern und dann immer nur auszusprechen, was ich als gut und wahr erkannt hatte. Dieses hat freilich, wie ich nicht leugnen will, in einem großen Kreise gewirkt und genützt. Aber dies war nicht der Zweck, sondern ganz notwendige Folge, wie sie bei allen Wirkungen natürlicher Kräfte stattfindet.« Die Unterhaltung schließt mit folgendem Satz *Goethes*: »Meine Hauptlehre aber ist vorläufig diese: Der Vater Sorge für sein Haus, der Handwerker für seine Kunden, der Geistliche für gegenseitige Liebe, und die Polizei störe den Frieden nicht!« (zit. i. *Eucken* a.a.O. Seite 362/63).

Karl Marx hatte einen anderen, aber ähnlichen Glauben. Er prophezeit die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen; dadurch werde die Ausbeutung der Arbeiter immer weiter wachsen. Dies sei »*das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*«, aus dem sich mit Notwendigkeit die *Krisen* und die schließliche *Expropriation der Expropriateure* ergäben. Danach werde ein sehr glücklicher Zustand eintreten: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine *Assoziation*, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Auch *Marx* ist also von der Fortschrittsidee beherrscht.

Gibt es also eine *Zwangsläufigkeit* der geschichtlichen Entwicklung? Wenn tatsächlich der Wirtschaftsprozess zwangsläufig abläuft, wenn sich tatsächlich die moderne industrialisierte Wirtschaft zur Zentralverwaltungswirtschaft hin entwickelt – dann ist die Wirtschaftspolitik aller Länder nur die Vollstreckerin des geschichtlichen Schicksals: *ohne Freiheit!* *Marx* (im Vorwort zum 'Kapital'): »Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist – und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen –, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern!«

Wie aber, wenn es doch keine *Zwangsläufigkeit* der wirtschaftspolitischen Entwicklung gibt? – Dann hätten wir die Freiheit, die Wirtschaftspolitik so zu gestalten, wie es den Erfordernissen des *Menschen* und der *Sache* entspricht. Und das ist es, was zu allererst in Frage gestellt ist: *die Freiheit des Menschen überhaupt!*

Wie sind denn diese vermeintlichen »Gesetzmäßigkeiten« und »Zwangsläufigkeiten« zustande gekommen? Gewisse Allgemeinbegriffe werden in konkrete Dinge oder Personen umgewandelt: Die »Menschheit« oder die »Gesellschaft« wird in ein handelndes Wesen verwandelt. Für *Marx* ist die »kapitalistische Produktionsweise« der Träger des Gesellschaftsprozesses. *Schumpeter* sieht im »Kapitalismus« das Wesen, das alles leitet. Hier liegt also eine Hypostasierung vor: eine Eigenschaft oder ein Abstraktum wird zu einer selbständigen Wesenheit, die handelt.

Diese logisch unzulässige Operation ist gerade für den Positivismus kennzeichnend. Von *Comte* und *Saint-Simon* bis zu *Sombart* und *Schumpeter* glauben die Positivisten gemäß ihrem Programm, Tatsachen zu beschreiben, und sie meinen, in den Tatsachen auf die Entwicklungsgesetze zu stoßen – und sie merken nicht, daß sie hypostasieren: sie schildern nicht Tatsachen, sondern selbstkonstruierte Wesen, mythische Gestalten. Ausgerechnet der Positivismus (!), dem es um die

Schilderung von Tatsachen geht, sieht plötzlich mythische Größen am Werk: die »Menschheit«, den »Kapitalismus«, die »kapitalistische Produktionsweise« werden als Demiurg der Geschichte und damit auch der Wirtschaftspolitik angesehen.

Und zugleich verschwindet dabei der einzelne Mensch, der einzelne Handelnde selbst: aus ist es mit der Freiheit der Person! Mit dem »Reich der Freiheit« (*Marx*).

* * *

Aber: es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß alle diese Sozialtheoretiker in offenen Gegensatz zur geschichtlichen Erfahrung geraten sind; alle ihre Prognosen sind nicht eingetroffen, und das – im übrigen von *Lenin* mit äußerster Gewalt und Brutalität eingeführte – kommunistische »Reich der Freiheit« der »klassenlosen Gesellschaft«, dieses zentralverwaltungswirtschaftliche Experiment par excellence hat in geradezu eklatanter Weise nicht nur die Rechte des Menschen auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Allgemeinen Menschenrechte also verletzt und ist allein deshalb schon absolut unakzeptabel für jeden auch nur etwas freiheitlich empfindenden Menschen, sondern es hat sich auch als äußerst unwirtschaftlich arbeitend und somit funktionsuntüchtig erwiesen, woran auch die schon mehrfach wiederholten Anstrengungen der Moskauer Zentrale zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieses Systems überhaupt nichts zu ändern vermochten. Mag es diesem System auch noch so gut gelungen sein, die den westlichen Kapitalismus kennzeichnende Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und eine vermeintliche Sicherheit für alle zu schaffen – niemals kann der Preis dafür, der Entzug der Freiheitsrechte, das heißt die faktische Staatssklaverei, eine solche »Entwicklung« als »zwangsläufig«, als »Gesetz des Fortschritts« akzeptieren.

Kurzum: »In Wahrheit kennen wir Gesetze, nach denen die Geschichte sich entwickelt hat, nicht. Wir sollten es daher vermeiden, 'unsere geschichtliche Perspektive ohne weiteres für den Ratschluß der Weltgeschichte zu halten', denn 'unsere Bilder' sind 'meist doch . . . bloße Reflexe von uns selbst' (*Carl Jakob Burckhardt*).«¹

»Die Geschichtsphilosophie der Zwangsläufigkeit, wie sie *Marx* und seine Schüler verstanden, . . . verwickelt sich also in mehrere Widersprüche. Die Erfahrung soll in ihr rein zur Geltung kommen; aber zum Demiurg wird eine mythische Gestalt gemacht. Die Schlüsse werden aus Sätzen abgeleitet, die nicht bewiesen sind. Die Betrachtung soll die Klarheit der naturwissenschaftlichen Forschung erhalten; und gerade indem man gewisse Naturwissenschaften – vor allem die Physik – nachahmt, werden entscheidende Tatsachen der

¹ *Eucken*, S. 208

Geschichte – nämlich die Einwirkung menschlichen Denkens auf das geschichtliche Werden – nicht gesehen. . . .

»Nicht zufällig erscheinen Glaube an die Zentralverwaltung und Glaube an den zwangsläufigen Entwicklungsprozeß Hand in Hand. Als *Saint-Simon*, *Comte* und die *Saint-Simonisten* die Menschheit als ein Kollektivwesen oder einen Kollektivkörper erklärten, war die entscheidende Prämisse für den Schluß gesetzt, daß dieser Körper sich ebenso naturgesetzlich entwickelt wie ein Tierkörper oder eine Pflanze. Und umgekehrt hat der Glaube an die Zentralverwaltungswirtschaft den Glauben, daß menschliche Geschichte die zwangsläufige Entwicklung eines Kollektivs sei, entscheidend gestützt. Der Glaube an die Zwangsläufigkeit und das Denken in Kollektiven gehören zusammen.«¹

* * *

Es bleibt die Frage, wieweit Notwendigkeit in der Geschichte herrscht und wie weit eine selbsttätige Wirtschaftspolitik möglich ist. Welche Freiheit besitzt die Wirtschaftspolitik gegenüber den geschichtlichen Mächten? Hier nur ein Beispiel:

»Wer etwa an der deutschen Wirtschaftspolitik zwischen 1929 und 1933 mitwirkte, hat unmittelbar erfahren, daß zwar die Notlage gewisse staatliche Maßnahmen zur Inangsetzung der Investitionen geradezu provozierte, daß aber diese Wirtschaftspolitik aus gewissen Bedingungskonstellationen hervorging, die *nicht* unveränderlich waren. Die rasche und geradezu verhängnisvolle Kontraktion der wirksamen Geldmenge ergab sich aus einer Geldversorgung, die von der Kreditgewährung abhing (also aus dem Dominieren des »dritten Geldsystems« s.o.). Indessen, dieser Bank- und Geldversorgungs-Apparat kann geändert werden. Ebenso die monopolistisch festgehaltenen Preise vieler Produktionsmittel, sonstige Preis- und Lohnbindungen – kurz, gewisse Marktformen brauchen nicht ohne weiteres als unwandelbar hingenommen zu werden. Die »Tendenz« zur staatlichen Arbeitsbeschaffung und Kreditexpansion wurde also durch Bedingungskonstellationen ausgelöst, die verändert werden können. Bis zu einem gewissen Grade war somit die »Tendenz« selbst verschuldet. . . .

»Geschichte und somit auch Wirtschaftspolitik bestehen aus menschlichen Handlungen. Sie dürfen nicht einseitig als 'Prozeß' aufgefaßt werden – wie es üblich ist. In der Gestaltung der Ordnungsformen besteht die Möglichkeit zur Freiheit.«²

1 Eucken, a.a.O. S. 212

2 Eucken, S. 216/17

Die Behauptung, daß die Politik des Laissez-faire die Tendenz zu zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden auslöst, ist nicht unrichtig, wenn sie anders interpretiert wird: *Weil* die Wirtschaftspolitik monopolistische und oligopolistische Marktformen wuchern ließ und aktiv förderte, *weil* also die Lenkungsmechanik nicht funktionierte, und *weil* gleichgewichtslose Geldordnungen Inflationen und Deflationen hervorriefen, *deshalb* wurde die »Tendenz« zur Zentralverwaltungswirtschaft mächtig.

Es war also nicht nur die Politik des Laissez-faire, sondern auch die Politik der Experimente und eine falsche Vollbeschäftigungspolitik, die die Tendenzen zur Zentralverwaltungswirtschaft mobilisierte.

Unstabile Wirtschaftsordnungen verwandelten sich seit der industriellen Revolution in neue unstabile Ordnungen, und die Menschen erhielten den Eindruck, einem schicksalhaften Entwicklungsprozeß ausgeliefert zu sein. So folgten dem Laissez-faire der Interventionismus und die Experimente. Die Wirtschaftspolitik der Vergangenheit war also tatsächlich vielfach eine Politik der Unfreiheit. Unfrei aber deshalb, weil man durch die Wirtschaftspolitik selbst Prämissen setzte, welche die weitere Wirtschaftspolitik in eine gewisse Richtung hineinlenkten.

Bedingungskonstellationen oder Wirtschaftsordnungen zu schaffen, die nicht ungewollt verhängnisvolle Tendenzen der Wirtschaftspolitik in Gang setzen, ist somit eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Es ist mehr als das: nämlich eine geradezu entscheidende geschichtliche Aufgabe überhaupt.

* * *

Damit aber wird die Hauptfrage erneut gestellt: Ist es wirklich möglich, die Bedingungskonstellationen, also die Wirtschaftsordnungen zu ändern?

Zweifellos gibt es in der Geschichte »Momente der Krisis«, die auf Jahre hinaus richtunggebend wirken; aber auch Notlagen, die sofortiges Handeln notwendig, vor allem aber auch grundsätzliche Wendungen möglich machen und in denen die wirtschaftspolitischen *Konzeptionen weniger Personen entscheidend* werden und die Bedingungskonstellation der Wirtschaftspolitik gestalten.

Der Gesamtzusammenhang des Wirtschaftsprozesses und der Ordnungen macht es möglich, von *einem* Punkt aus – zumal von der Währungs- und Zinspolitik aus – sehr starke Wirkungen auszuüben. Jeder einzelne Akt sollte rechtzeitig in seiner unmittelbaren Wirkung auf die Gesamtordnung und in seiner Weiterwirkung auf andere Ordnungen gesehen werden. Diese *Maxime* ist ein *fundamentales Prinzip der Wirtschaftspolitik*. Die *Interdependenz der Ordnungen* muß immer im Auge behalten werden. Nur auf diese Weise kann *Freiheit* gegenüber geschichtliche Tendenzen« gewonnen werden.

Wenn sich aber das Denken in Ordnungen durchsetzen soll, dann muß auch die heute weitverbreitete Meinung überwunden werden, die *moderne Technik* führe zwangsläufig zur Großmaschine und zum Großbetrieb und dadurch zur Kapitalkonzentration und zum Monopol und von da schließlich zur zentralen Lenkung des gesamten Wirtschaftsprozesses. Die moderne Technik töte somit die Konkurrenz.

Von kleineren Unterschieden der Begründung abgesehen, ist dies die Auffassung zahlloser Skeptiker im Hinblick auf die industrielle Entwicklung seit der industriellen Revolution, beginnend mit *Sismondi*, *Saint-Simon* und über *Karl Marx* usw. bis hin zu *Joseph A. Schumpeter*.

Die Tatsachen weisen jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung. Eine ungemein starke *Tendenz zur Konkurrenz* wird in neuerer Zeit durch die *Anwendung der modernen Technik* ausgelöst. Freilich werden auch zunehmend radikalere Mittel angewandt, um sie zu bekämpfen.

In dreifacher Weise hat die moderne Technik das Element der *Konkurrenz* verstärkt: erstens durch die Erfindung zahlloser Verkehrsmittel und dadurch durch die außerordentliche Erweiterung des Weltverkehrs und die Erweiterung der Märkte; zweitens durch die Zunahme der Substitutionsprodukte und die Flexibilität des modernen Produktionsapparats; und – drittens – durch die damit verbundene Anpassungsfähigkeit der Produktion. Alle drei Momente wirken zusammen und fördern die Konkurrenz durch die Technik.

Ja – aber: »Darüber herrscht Einigkeit, daß die Bildung großer monopolistischer oder oligopolistischer Machtkörper in der Industrie es ist, welche der Verwirklichung der Konkurrenz in vielen Ländern und auf zahlreichen Märkten entgegenwirkt. Aber über den Charakter dieser Konzentration bestehen oft falsche Vorstellungen. Man glaubt, die Technik bewirke es, daß die Produktion in ganz wenigen Werken konzentriert werde. Und diese riesigen Werke, die alle kleineren Konkurrenten vernichteten, seien Monopolisten. Das ist ein durchaus falsches Bild der Wirklichkeit, das dringend der Korrektur bedarf.«¹

Zwar sind die Industrierwerke ganz erheblich gewachsen, und es war auch tatsächlich die technische Entwicklung, die hierfür den Anstoß gab. Aber darin besteht *nicht* die industrielle Konzentration. Die wirtschaftliche Macht der einzelnen Werke ist für sich allein klein. *Kennzeichnend für die Konzentrationsbewegung* ist vielmehr, daß *viele Werke unter einheitliche Leitung geraten* (bekanntestes Beispiel in unserer Zeit: *Flick*) oder daß sich mehrere Werke in *Kartellen* zusammenschließen usw. Das ist die faktische Konzentration. Daraus resultieren Angebots- und Nachfragemonopole und deren *Macht* auf Güter-

¹ *Eucken* a.a.O. S. 232

markt, Kapitalmarkt, Arbeitsmarkt und – vor allem auch – in der Wirtschaftspolitik, ja in der Politik überhaupt. Und daher denn auch die Tendenz zur Zentralverwaltungswirtschaft und zur Zerstörung der Verkehrswirtschaft – das aber heißt: der Freiheit der Menschen.

Und hierbei spielt – man muß es noch einmal hervorheben – sowohl die *Meinung mancher Wissenschaftler* als auch eine ausgeprägte *Ideologie von Interessenten* besonderer Art eine erhebliche Rolle. Deshalb 'besonderer Art', weil zwei verschiedenartige Führerschichten sie verwenden. Den *Leitern von Kartellen und Konzernen* leistet das Argument, daß es die moderne Technik sei, die die Konkurrenz zum Verschwinden bringe, gute Dienste, um die Notwendigkeit ihrer mächtigen Positionen nachzuweisen: wenn wirklich die moderne Technik die Machtbildung unausweichlich macht, scheint sie der Kritik entrückt zu sein. Zum andern sind es die *Funktionäre zentraler Planung*, deren Machtansprüchen und Existenzberechtigung dieses Argument dient: die Technik führe zum 'Monopolkapitalismus', der auf die Dauer untragbar sei und die zentrale Planung erzwingen. So erhält eine Meinung, die offensichtlich den Tatsachen widerspricht, von zwei Führerschichten einen Impuls, der die Wirtschaftspolitik stark beeinflusst. Demgegenüber muß immer wieder auf die Tatbestände hingewiesen werden: »Veraltet ist nicht die Konkurrenz, sondern der Glaube, sie wäre veraltet. Tatsachen zerstören die alte Geschichtsdoktrin, nach welcher die vollständige Konkurrenz zum Untergang verurteilt sei. »Es ist eine typische Äußerung anachronistischen Denkens, wenn *Schumpeter* sagt, 'daß vollständige Konkurrenz unter modernen industriellen Bedingungen unmöglich ist'. Solche Meinungen haben mit den Tatsachen keine Berührung mehr«¹

»Wenn aber Technik, Konkurrenz und Monopol sich faktisch so verhalten, wie hier geschildert wurde, so liegt auch das ordnungspolitische Problem ganz anders, als es die alte Meinung annahm. Die Voraussetzung, von der sie ausging . . . , ist *nicht* gegeben: Nämlich der Untergang der Konkurrenz und ihr Ausscheiden als mögliche Ordnungsform. . . .

»Die Entwicklung des modernen technischen Wissens . . . hat . . . durch Entfaltung der Substitutionskonkurrenz, Erweiterung der Absatzradien und steigende Anpassungsfähigkeit der Produktion auch das Element der Konkurrenz verstärkt, . . . die Konkurrenz wirksamer gemacht. (Und) es ist möglich, diejenigen Kräfte, gerade auch der modernen Technik, die auf Konkurrenz hindrängen, durch die Wirtschaftspolitik zur Ordnung der Wirtschaft nutzbar zu machen.« . . . und auf diese Weise der Freiheit, Rechtsgleichheit und Brüderlichkeit = Gegenseitigkeit – und das heißt: der Unantastbarkeit der Würde des Menschen – einen größeren Dienst zu erweisen als durch immer weiteres Fortschreiten der Kollektivierung und Entindividualisierung des menschlichen Lebens.

¹ *Eucken*, a.a.O. S. 239

2. Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung

A. Primat der Währungspolitik – Der währungspolitische Stabilisator

Die Herstellung eines *funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz* – dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip und damit das wesentliche Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme, die eine wirklich freiheitliche, gerechte, soziale Wirtschaftsordnung zum Ziel hat.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß die *Stabilität des Geldwertes* auf Dauer gesichert ist. Die *Währungspolitik* besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein *Primat*. Auf diese Weise allein ist es möglich, in den Wirtschaftsprozeß ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen.

»Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem *Stabilisator des Geldwertes* zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.

»Eine gute Währungsverfassung sollte jedoch nicht nur so konstruiert sein, daß sie den Geldwert möglichst stabil hält. Wie die Wettbewerbsordnung selber sollte sie möglichst *automatisch* funktionieren; nicht einfach nur deshalb, weil die 'Systemgerechtigkeit' erfordert, Währungsverfassung und allgemeine Wirtschaftsverfassung auf demselben Prinzip aufzubauen, sondern auch vor allem, weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann. Unkenntnis, Schwäche gegenüber Interessentengruppen und der öffentlichen Meinung, falsche Theorien, alles das beeinflußt diese Leiter sehr zum Schaden der ihnen anvertrauten Aufgabe. Gerade in der heutigen Situation besteht eine große Gefahr, daß eine nicht automatisch konstruierte Währungsverfassung zur Inflation mißbraucht wird. Die Versuchung ist nämlich übergroß, Disproportionalitäten, die im Produktionsprozeß entweder als Folge einer 'Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis' oder aus den Machtkämpfen wirtschaftlicher Gruppen oder aus sonstigen Gründen entstehen, vorübergehend durch inflatorische Maßnahmen – Kreditexpansion, Abwertung, Politik des niedrigen Zinses und dergleichen – zu überdecken.
...«¹

»Wie erklärt sich die monetäre Unstabilität? Hauptsächlich daraus, daß die Banken zu 'Münzstätten' wurden. Seit dem 18. Jahrhundert ist es in wachsen-

¹ Eucken, S. 257/58

dem Maße dahin gekommen, daß *Geld* durch Akte der *Kreditgewährung von Banken* entsteht und bei Rückzahlung von Krediten an Banken wieder verschwindet; so die Banknoten und das Giralgeld der *Zentralbanken* sowie das *Giralgeld der privaten Banken*. Es sind die beiden wichtigsten *Geldarten* der Gegenwart.

»Mit Schwankungen im Volumen der *Bankkredite* verändert sich auch die *Geldmenge*. *Kreditexpansion* bedeutet *Geldexpansion*; Zurückhaltung in der *Kreditgewährung* – bei Rückzahlung früher gewährter Kredite – Verminderung der *Geldmenge*. Täglich entsteht in der *Kreditgewährung* der Banken *Geld*, und täglich verschwindet *Geld* durch Rückzahlung von *Krediten*. . .

»Wie sehr diese *Elastizität des Geldes* die Investitionstätigkeit im Zeitalter der Industrialisierung gefördert hat, ist oft geschildert worden. Ohne sie wäre die Industrialisierung langsamer vorgerückt. Aber zugleich liegt hier der *Ursprung der Unstabilität des Geldes*, der Tendenz inflationistischer Ausdehnung und deflationistischer Zusammenziehung der *Geldmenge*. Die *Geldversorgung* wurde von der jeweiligen *Liquidität* und *Kreditbereitschaft* der Banken und zugleich von der *Kreditnachfrage*, also von der *Investitionsneigung* der Unternehmer, abhängig. Sparen führt im Rahmen dieser *Geldordnung nicht* in allen Formen zu einer entsprechenden Ausdehnung der *Kreditgewährung der Banken*.«¹

Soweit *Walter Eucken* zu dieser entscheidenden Frage der auf eine freie und voll funktionsfähige Marktwirtschaft gerichteten Währungspolitik. Hier ist deren *Achillesferse*. Hier wird sichtbar, daß der entscheidende Punkt für die Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität und der Dauerkonjunktur und -vollbeschäftigung in der *Sicherung* der dem Güterumsatz entsprechenden *Gesamtgeldmenge* (für die ausschließlich die *Zentralbank* zuständig ist) sowie in der *Sicherung der Stetigkeit der wirksamen Nachfrage* dieser *Gesamtgeldmenge* nach den Gütern und Dienstleistungen liegt, (für die ebenfalls die *Zentralbank* allein zuständig ist).

Daß *Walter Eucken* sich dieser Tatsache auch durchaus bewußt war, ergibt sich aus einem der nächsten Sätze seines Buches:

»Es entsteht also die große wirtschaftspolitische Frage, wie eine *Geldordnung* größerer Stabilität in die Wettbewerbsordnung eingebaut werden kann.«²

Und *Eucken* untersucht denn auch im einzelnen einige ihm besonders wichtig erscheinende Vorschläge:

Erstens die Meinung von *Hans Gestrich*, der in »Kredit und Sparen« vor-

¹ *Eucken* a.a.O. Seite 258

² *Eucken* Seite 259

schlägt, »unter Beibehaltung des bisherigen Banksystems die Unstabilität allein durch die Geld- und Kreditpolitik zentraler Stellen zu beseitigen. *Gestrich* schrieb:

»Die Erfindung, Geld fast kostenlos zu produzieren, brachte zwar große Vorteile, aber sie hat, so wie bisher angewendet, ein Loch in das Gleichgewichtssystem gerissen.«

»In der Tat gibt es kein anderes Mittel der Lenkung als die mit allen Machtmitteln ausgerüstete Geld- und Kreditpolitik, wenn man die Verkehrswirtschaft mit individueller Freiheit des Verbrauchs, des Sparens und der Investition aufrechterhalten und nicht vorwiegend Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft verwenden will. Es ergibt sich unausweichlich die merkwürdige Tatsache, daß eine möglichst störungsfrei ablaufende Verkehrswirtschaft eine zentralgeleitete, mit allen notwendigen Machtmitteln für Beherrschung des Geld- und Kreditsystems arbeitende Kreditpolitik braucht.«¹

Nur durch laufende Eingriffe der Geld- und Kreditpolitik seien Sparen und Kredit in Übereinstimmung zu bringen. Diskontpolitik, Offenmarktpolitik, Festsetzung von Liquiditätsreserven, staatliche Finanzpolitik und evtl. auch staatliche Investitionen hätten dem Ziel der Stabilisierung zu dienen.

Eucken hat diesen Vorschlag *Gestricks* offenbar nicht weiter verfolgt, weil er fürchtet, daß dann die mit großen Machtmitteln ausgestatteten staatlichen Zentralstellen nicht die Kraft und die Mäßigung besitzen würden, um sich auf die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Sparen und Kredit zu beschränken.

Zweitens erörtert *Eucken* den »100-Prozent-Plan oder Chicago-Plan«, 'der darauf abzielt, den privaten Banken die Fähigkeit zu nehmen, Geld zu schaffen, also Münzstätten zu sein. Das würde gelingen', schreibt *Eucken*:

»Jede private Bank würde in zwei Abteilungen zerlegt: In eine Giralgeldabteilung und eine Bankabteilung. Die Giralgelder sollen zu 100 Prozent in Zentralbankgeld, also in Noten oder Guthaben, bei der Zentralbank gedeckt werden. Die Bankabteilungen würden auf ihrer Passivseite u. a. die Sparkreditoren, auf ihrer Aktivseite u. a. Forderungen an Handel und Industrie führen. Kreditgeschäfte und Geldschaffung wären also – in konsequenter Fortführung eines Gedankens *Ricardos* – getrennt. Nur die Bankabteilung könnte Kredit gewähren, nicht aber die Giralgeldabteilung.«

Auch diesem Plan kann *Eucken* keine gute Seite abgewinnen. Zum einen, weil in ihm kein Automatismus eingebaut ist, sondern die Geldpolitik von unkontrollierbaren staatlichen Stellen unabhängig wäre, und zum andern, weil er keine Sicherheit bietet für eine stetige ausreichende Nachfrage von Industrie und Han-

1 *Hans Gestrich*, »Kredit und Sparen«, Godesberg 1947

del nach Krediten. »Beide Momente – nämlich die Abhängigkeit der Geldmenge von zufälligen Entscheidungen zentraler Stellen und die Abhängigkeit der Umlaufgeschwindigkeit (Wirksamkeit) des Geldes von der privaten Kreditnachfrage – würden bewirken, daß auch die Geldordnung des Chicago-Planes unstabil wäre.«¹

Drittens erörtert *Eucken* den *Graham-Plan*, den Vorschlag einer *Waren-Reserve-Währung*:

»Die Waren-Reserve-Währung erinnert an die Goldwährung, soweit in ihr Geld durch Goldkauf der Zentralbank entstand und durch Verkauf von Gold durch die Zentralbank verschwand. Aber der Wert des Geldes soll nicht mit dem Wert *einer* – also des Goldes –, sondern mit dem Wert vieler Waren verbunden sein. Nicht von der Zufälligkeit der Goldproduktion, sondern von der durchschnittlichen Knappheit der Waren (eines bestimmten repräsentativen Warenbündels, einer 'Wareinheit') ist der Wert der Geldeinheit abhängig. Der Vorschlag läuft also darauf hinaus, ein anderes Geldsystem in die industrialisierte Wirtschaft hineinzukonstruieren und die Geldversorgung wenigstens teilweise mit dem Kauf und Verkauf von Waren, nicht mit der Kreditgewährung der Banken, zu verknüpfen.«

»Eine solche Institution würde in der Tat einen währungspolitischen Stabilisator darstellen, und zwar einen *automatisch* wirkenden, dessen Funktion nicht von den jeweiligen, alltäglichen Entscheidungen politischer Stellen abhängt. Infolge der Interdependenz aller Warenpreise und Einkommen würde sich die Regulierung der Geldmenge auf alle Preise und auf die Einkommen auswirken.«²

Der Plan ist insofern von Bedeutung, als er auf die entscheidenden Punkte gerichtet ist: Überwindung der Unstabilität des Geldes durch Beseitigung der eigentlichen Ursache der Unstabilität, also der vollständigen Abhängigkeit der Geldversorgung von Kreditgeschäften der Banken. Und zugleich Herstellung eines rationalen Automatismus, also einer Form, in deren Rahmen eine sinnvolle Regulierung der Geldmenge nach festgelegten Spielregeln stattfindet. Indem Entstehung und Verschwinden von Geld mit Kauf und Verkauf wichtiger, laufend produzierter und verbrauchter Waren verbunden werden, ist ein gangbarer Weg gewählt.³

Man wird vielleicht darüber erstaunt sein, daß *Eucken* sich nicht mit den Grundgedanken seines Zeitgenossen *John Maynard Keynes* (1883–1946) im

1 *Eucken*, S. 260/61

2 *Eucken*, S. 262

3 *Eucken*, S. 264

Zusammenhang mit seiner Erörterung der Geldordnung auseinander gesetzt hat. Tatsächlich stehen sich in *Eucken* und *Keynes* die Repräsentanten zweier Grundauffassungen gegenüber, die unvereinbar miteinander sind.

Anlässlich der 20. Wiederkehr des Todestages von *Keynes* schrieb einmal Professor *Karl Schiller*, einst der Star-Ökonom der Sozialdemokraten, in der ZEIT vom 22.4.1966: »Es ist eine Tragik, daß *Walter Eucken* für den 'globalen' Ansatz von *Keynes* ohne tieferes Verständnis war und ebenfalls zu früh starb (1950), während *Keynes* seinerseits sein Leben lang . . . für die mikroökonomische Lehre von der marktwirtschaftlichen Wert- und Preisbildung ohne Interesse blieb. Wir wissen heute, daß beide Ansätze ihren Sinn haben und beide auch zu den Fundamenten einer Theorie der Wirtschaftspolitik gehören.«

Damit ist aber noch nicht der ganze Unterschied der Grundposition erhellt, der die beiden Nationalökonomten von einander getrennt hat. Vielleicht sagen einige Formulierungen, die bei beiden immer wiederkehren, mehr aus, als man bei flüchtiger Betrachtung anzunehmen geneigt sein mag: bei *Keynes* scheint weit stärker als bei *Eucken* das Vertrauen in die Machbarkeit, ggf. mit Hilfe des Staates, durch, wohingegen *Eucken* stets die Haltung und die Neigungen der Individuen im Blick hat und allen übergeordneten, staatlichen, bürokratischen Instanzen aus tiefstem Herzen mißtraut. Zum Beispiel:

Obwohl *Keynes* die Möglichkeiten zur Überwindung der Wirtschaftskrisen und damit zur Erlangung der Vollbeschäftigung der Menschen mit freiheitlichen Mitteln durchaus erkannt hat (Belastung des Geldes mit 'Durchhaltekosten'), schlägt er dennoch eine 'umfassende Verstaatlichung der Investition' vor 'als das einzige Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung'.

Eucken hingegen hat ungleich bedächtiger die Möglichkeiten erwogen, wie man zu einer automatisch wirksamen Sicherung der Geldwertstabilität und der Beschäftigung aller gelangen könnte.

Und auch ein Satz wie der folgende, der aus *Keynes'* Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner »Allgemeinen Theorie« stammt, wäre bei *Eucken* nie denkbar gewesen: »Trotzdem kann die Theorie der Produktion als Ganzes, die den Zweck des folgenden Buches bildet, viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbs und eines großen Maßes von *laissez-faire* erstellten Produktion.«

Und so ist es denn auch kein Wunder, daß *Eucken* seiner Abneigung gegen *Keynes'* Gedanken an vielen Stellen seiner »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« Ausdruck verliehen hat. So zitiert er z. B. folgende Sätze aus *Keynes'* »Das Ende des *Laissez-Faire*« von 1926:

»Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden – wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß –; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert hat, unterstehen.«¹

Und *Eucken* kommentiert diese Sätze so: »Man wundert sich aber, daß Keynes solche Ordnungsformen vorzuschlagen wagte, von denen die Wissenschaft längst weiß, daß in ihnen der Wirtschaftsprozeß nur einen labilen Gleichgewichtszustand erreicht und zur Gleichgewichtslosigkeit tendiert. Die Erfahrung hat dies vielfältig bestätigt ... Immer zeigt sich das gleiche Ergebnis: Kämpfe der verschiedenen Gruppen ... (Denn) die Gleichgewichtslosigkeit von Marktformen beiderseitigen Monopols oder des Teilmonopols oder Oligopols löst eine Tendenz zu staatlichen Eingriffen aus.«

Kurzum, das ordnungspolitische Grundprinzip der auf *Keynes* fußenden »Globalsteuerung« ist der Glaube an die Machbarkeit der Dinge; der Wettbewerb wird instrumentalisiert, dient also nicht mehr primär der Entfaltung der Persönlichkeit, sondern der Erreichung bestimmter erwünschter Ergebnisse.

Eucken hingegen sieht die große Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin, »die Kräfte, die aus dem Einzelinteresse entstehen, in solche Bahnen zu lenken, daß hierdurch das Gesamtinteresse gefördert wird, daß also eine sinnvolle Koordination der Einzelinteressen stattfindet.«²

Und an einer anderen Stelle: »Manche hoffen zwar – und zu ihnen gehörte auch *Keynes* – auf bessere, altruistische Menschen, die dann die Selbstverwaltungskörper oder Berufsstände leiten würden. Solche Hoffnungen haben bekanntlich auch die Anhänger zentraler Ordnungen immer wieder geäußert. Wir werden sehen, daß mit Altruismus das Problem nicht bewältigt wird. ... Und im übrigen gilt: Wie sollen solche bessere, altruistische Menschen entstehen, wenn man zugleich Bedingungen herstellt, welche die Menschen sicher nicht verbessern! Den Leitern von zentralen Planstellen oder Korporationen wird ein außergewöhnliches Maß

1 zit. i. *Eucken* a.a.O. Seite 244

2 *Eucken* Seite 360

von Macht verliehen. Auf der anderen Seite wird die Mehrzahl der übrigen Menschen, also die Beherrschten in der Zentralverwaltungswirtschaft oder die Zwangsorganisierten in den Korporationen, mehr oder weniger unfrei. Nach aller geschichtlichen Erfahrung besteht die große Gefahr, daß die Leitenden durch Macht verdorben werden, die Beherrschten aber durch Unfreiheit.«¹

* * *

B. Die weiteren konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung

Die zweite Grundbedingung einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung ist, daß *alle Märkte offen* sind, daß keinem Unternehmen ein ausschließliches Privileg erteilt wird, ein bestimmtes Gewerbe auszuüben, wie z. B. der Post die Beförderung von Briefen; denn dadurch würde sofort ein Monopol hergestellt.

Die Schließung von Angebot und Nachfrage war in der Vergangenheit diejenige Methode, die am meisten angewandt wurde, um die starke Tendenz zur Konkurrenz, die speziell in der industriellen Wirtschaft wirksam ist, zu verhindern. Einfuhrverbote, Prohibitivzölle, Außenhandelsmonopole, Investitionsverbote, Anbaubeschränkungen, Errichtungsverbote, Zuzugs- und Wanderungssperren, Behinderung der freien Berufswahl, numerus clausus, Lizenzsysteme mit Bedarfsprüfungen für Handel, Handwerk und Industrie; ferner das Patentrecht und die Preisbindung der zweiten Hand – nahezu alle diese Schließungen, und das war in den meisten Fällen auch die Absicht, dienten dazu, einzelnen, meist ohnehin mächtigen Gewerbezweigen, die lästige Konkurrenz vom Halse zu halten und sich – zu Lasten der Allgemeinheit – wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Zudem wird durch die Schließung von Angebot und Nachfrage auf all den betroffenen Märkten die Abstimmung dieser Produktionszweige und das Auftreten neuer, anderer, besserer Produkte und die Lenkungs- und Auslesefunktion durch die Preise, die die Konsumenten bei vollständigem Wettbewerb vornehmen, behindert, wenn nicht gar ausgeschlossen.

Es gilt also das Prinzip: Zur Konstitution der Wettbewerbsordnung ist die Öffnung von Angebot und Nachfrage notwendig. Hiervon bestehen nur ganz wenige Ausnahmen, wie die ausschließliche Zuständigkeit der Notenemission durch die Zentralnotenbank, die ja ohnehin die alleinige Hüterin der Währungsordnung ist – oder sein muß, wenn die freiheitliche Wirtschaftsordnung als Ganzes intakt bleiben soll.

* * *

Die dritte Grundbedingung einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung ist die Sicherung der Institution des *Privateigentums*. Das Privateigentum ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß eine private Freiheitssphäre gewahrt bleibt.

Es war ein fundamentaler Fehler der wirtschaftspolitischen Diskussion und der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit, von der Art der Eigentumsordnung die Lösung der sozialen und wirtschaftspolitischen Frage zu erwarten. Abgesehen davon, daß das Grundproblem der Wirtschaftspolitik von der Währungsseite aus angepackt werden muß, ist die Eigentumsfrage auch deshalb von so großer Bedeutung, weil, erstens, Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln ein überaus wirksames Beherrschungsinstrument einer Führerschicht darstellt und weil es, zweitens, zwangsläufig mit zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses verbunden ist und soziale Probleme auslöst, die nicht zu bewältigen sind. Und schließlich hat es sich tausendfach erwiesen, daß eine Volkswirtschaft, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft worden ist, in ihrer Leistungsfähigkeit ganz außerordentlich zurückfällt im Vergleich mit der freien Verkehrswirtschaft – von der Unfreiheitlichkeit eines solches Systems garnicht weiter zu reden.

Mithin: Privateigentum gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen der Wettbewerbsordnung. Aber: wie steht es mit der Frage der »Ausbeutung« und der »Vermachtung« in der freien Verkehrswirtschaft? Denn schließlich kam die Kritik am Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht von ungefähr – so schon bei *Rousseau*, auch bei *Mirabeau* (1789), und dann natürlich bei *Karl Marx*.¹

Fest steht: der Privateigentümer an dem jeweiligen Produktionsmittel trifft seine Entscheidung sowohl bezüglich seiner Produktionsrichtung und der Wahl der Produktionsverfahren als auch hinsichtlich des Umfangs seiner Produktion

1 Hierzu schreibt *Eucken*: »Es ist nötig, den Konflikt zwischen der Notwendigkeit der Institution (des Privateigentums an Produktionsmitteln) und ihrer Problematik in aller Schärfe zu sehen. Seit etwa zwei Jahrhunderten ist man daran gewöhnt, in einseitiger Blickrichtung auf die Schäden zu achten und aus der Kritik am Privateigentum zu folgern, es solle Kollektiveigentum eingeführt werden. Schon *Rousseau* erklärt, daß »jedes Individuum mit all seinen Rechten in der Gesamtheit aufgehen solle.« »Jedermann muß sich gänzlich hingeben, mit allem, was drum und dran ist, sich selbst und alle seine Kräfte, zu welchen letzteren auch das Vermögen gehört, das er etwa besitzt.« Hierzu zitiert *Eucken* aus einer Arbeit von *Alexander Rüstow* die folgenden Sätze: »Kollektiveigentum bedeutet zunächst auf jeden Fall negativ Enteignung aller einzelnen. Positiv ist es vorerst nichts weiter als eine proklamatorische Phrase, deren realer Wirklichkeitsgehalt ganz von der Art der organisatorischen Ausübung des Eigentumsrechtes abhängt. Was allen gehört, gehört keinem, oder vielmehr den wenigen, die das Eigentumsrecht im Namen 'Aller' ausüben. Je größer die Verhältnisse, je stärker die Notwendigkeit einheitlicher Konzentration der Verfügungsgewalt, desto größer die soziale Ungleichheit zwischen den ausübenden Inhabern dieser Gewalt und der Masse der formellen Kollektiveigentümer, die mit diesem leeren Rechtstitel zwar, wenn sie Lust dazu haben oder es ihnen eingeredet wird, ihr Selbstbewußtsein füttern, sonst aber nicht die geringsten realen Ansprüche oder Vorteile daraus ableiten können. Das heißt aber: Kollektiveigentum ermöglicht wesentlich höhere Grade und schärfere Formen sozialer Ungleichheit als Privateigentum.« *Eucken*, s.a.O. S. 273
Im übrigen vergleiche man hierzu auch: *Wilhelm Röpke*, »Civitas Humana«, 1944, und *Friedrich August von Hayek*, »The Road to Serfdom«, Cambridge 1944, dtsch. »Der Weg zur Knechtschaft« 1946, dtv Nr. 1170, 1976

nach den »Weisungen«, die er auf dem »Markt« von den Nachfragern nach seinen Produkten erhält. Gelingt es ihm nicht, diese Wünsche auf die Dauer zu erfüllen, so entzieht ihm der Mechanismus der vollständigen Konkurrenz unerbittlich sein Verfügungsmandat über seine Produktionsmittel. Privateigentum bei vollständiger Konkurrenz bedeutet also, erstens, Verfügungsmacht und Verfügungsfreiheit im Dienste der Nachfrager, das heißt aber der Volkswirtschaft, und, zweitens, Ohnmacht, die Verfügungsmacht und Freiheit der anderen Eigentümer zu Lasten der Gesamtheit einzuschränken. Bei vollständiger Konkurrenz besteht mithin zwischen den Privateigentümern der Betriebe *Gleichgewicht wirtschaftlicher Machtverteilung*.

»Wie also Privateigentum an Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt. Das Privateigentum an Produktionsmitteln bedarf der Kontrolle durch die Konkurrenz.«¹

Zusammenfassend gilt: »Nur die Wettbewerbsordnung macht im Rahmen der modernen industrialisierten Wirtschaft das Privateigentum auf die Dauer erträglich. Aber das Privateigentum ist wiederum eine Voraussetzung für eine freie Staats- und Gesellschaftsordnung.«¹

* * *

Die vierte Grundbedingung einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung ist die *Vertragsfreiheit*. Sie ist ganz offensichtlich eine Voraussetzung für das Zustandekommen der Konkurrenz. Wenn die einzelnen Haushalte und Betriebe nicht selbst wählen, nicht die Möglichkeiten prüfen und danach freie Verträge abschließen können, wenn sie statt dessen Befehle durchführen oder Zuteilungen in Empfang nehmen müßten, könnte keine Konkurrenz entstehen.

Aber die Vertragsfreiheit ist auch dazu mißbraucht worden, um Konkurrenz zu beseitigen, um Kartelle zu bilden oder Monopole zu errichten usw., wie die Erfahrung zeigt.

Daraus ergibt sich: Vertragsfreiheit ist unentbehrlich. Ohne freie individuelle Verträge ist eine Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses durch vollständige Konkurrenz nicht möglich. Zugleich sind jedoch auch die Grenzen der Vertrags»freiheit« sichtbar geworden: Sie darf nicht zu dem Zwecke gewährt werden, um solche »Verträge« zu schließen, die die Vertragsfreiheit beschränken oder gar beseitigen. Solche »Verträge« sind schlicht unsittlich, unrecht. Und sie müssen demzufolge von der Rechtsordnung verboten werden.

¹ Eucken a.a.O. Seite 275

* * *

Schließlich ist noch eine fünfte Grundbedingung einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung zu erwähnen, das Prinzip der *Haftung*. Die Haftung ermöglicht oder erleichtert die Auslese der Betriebe und verantwortlichen Personen. Sie bewirkt, daß die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Investitionen werden umso sorgfältiger vorgenommen, je mehr Verantwortliche im Falle von Fehlinvestitionen für die Verluste haften. Die Wettbewerbsordnung setzt voraus, »daß der Weg zur Rentabilität nur über eine äquivalente wirtschaftliche Leistung führt, während gleichzeitig dafür gesorgt sein muß, daß eine Fehlleistung ihre unerbittliche Sühne in Verlusten und schließlich durch den Konkurs im Ausscheiden aus der Reihe der für die Produktion Verantwortlichen findet.¹

Für die Wettbewerbsordnung hat also das Prinzip zu gelten: »Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet (Haftungsprinzip)«. Aber darüber hinaus ist »Haftung nicht nur eine Voraussetzung für die Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs, sondern überhaupt für eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Selbstverantwortung herrschen. Volle Klarheit muß vor allem über eines bestehen: Jede Beschränkung der Haftung löst eine Tendenz zur Zentralverwaltungswirtschaft aus.«²

* * *

Als ein letztes konstituierendes Prinzip der Wettbewerbsordnung ist auf die Notwendigkeit der *Konstanz der Wirtschaftspolitik* hinzuweisen. Dieses Prinzip ist immer dann sofort in Frage gestellt, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in der freien Verkehrswirtschaft ins Stocken gerät. Sofort erscheinen dann Vertreter einer (ich behaupte: mißverstandenen) Richtung der *Keynes*-Schule, die nach der Hilfe des Staates rufen. (Politik des niedrigen Zinses, der Kreditexpansion, der öffentlichen Aufträge, des Haushaltsdefizits - 'deficit spending' - und der Arbeitsbeschaffung durch den Staat). Und sie behaupten, die Investitionschancen schwänden zwangsläufig, das sei eben das unvermeidbare Schicksal der freien Marktwirtschaft, das »Entwicklungsgesetz des Kapitalismus«. (Leider geht *Eucken* dieser speziellen Frage nicht nach; wir werden später darauf zurückkommen.)

Tatsächlich erklärt sich die Abnahme der Investitionsneigung *nicht* durch die Abnahme der Investitionsmöglichkeiten, denn wir befinden uns *nicht* in einer wirtschaftlich gesättigten Welt, wie längst erwiesen ist. Aber *Euckens* Erklärung der der freien Verkehrswirtschaft scheinbar immanenten Krisen kann auch nicht überzeugen: er glaubt, durch eine eingehende Untersuchung der Wirtschaftspläne

1 *Wilhelm Röpke* zit. i. *Eucken* S. 281
2 S. 285

der Unternehmen und Betriebe, von denen alles wirtschaftliche Handeln seinen Ausgang nimmt, komme er zur Erklärung der Investitionsstockungen. Und er sieht in einem Abweichen der *Erwartungen* von den Tatsachen und vor allem in einer mangelhaften *Konstanz der Daten* die Ursachen der Unsicherheit und der daraus resultierenden Risiken, die die allgemeine Zurückhaltung verursachten.

Daraus folgert er: »Eine gewisse *Konstanz der Wirtschaftspolitik* ist nötig, damit eine ausreichende Investitionstätigkeit in Gang kommt. Ohne diese Konstanz wäre auch die Wettbewerbsordnung nicht funktionsfähig. Aber die Wettbewerbsordnung ist instande, die Investitionen auf die Dauer richtig aufeinander abzustimmen. Denn sie besitzt in ihrer *Preismechanik* das Instrument, um Disproportionalitäten festzustellen und um sie schließlich zu korrigieren. . . »Konstanz ist ein zentrales Erfordernis der Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik stelle einen brauchbaren wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen für den Wirtschaftsprozeß her; an diesem Rahmen halte sie beharrlich fest und ändere nur mit Vorsicht!«¹

Ergänzend hierzu schreibt *Eucken* in dem Abschnitt über »Die Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik«²

»Die Investitionstätigkeit wird in der Wettbewerbsordnung dadurch in Gang gehalten, daß die Wirtschaftspolitik konstanten Charakter erhält. Die Proportionen der Preise – und zwar vor allem das Verhältnis der Preise der Produktionsmittel zu den Preisen der Produkte – werden nicht mehr verzerrt, und ein automatisch arbeitender geldpolitischer *Stabilisator* wird in die Wirtschaftsordnung eingebaut, so daß Deflationen und Inflationen unterbleiben.

»Zum anderen erhält das Preissystem die Fähigkeit, Disproportionalitäten festzustellen und auszugleichen, wenn die konstituierenden und regulierenden Prinzipien der Wettbewerbspolitik angewandt werden. Keines dieser Prinzipien ist entbehrlich. . .

»Ob darüber hinaus innerhalb der Wettbewerbsordnung noch besondere Maßnahmen nötig sein werden, um Konjunkturschwankungen auszugleichen? – Wahrscheinlich nicht.«

*. *.

C. Die regulierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung

Im Anschluß an die sieben »konstituierenden Prinzipien« einer freiheitlichen

¹ Genau an dieser Stelle ist in einer Fußnote auf Seite 289 der »Grundsätze« zu lesen: »Hierzu findet sich die Notiz: 'Ausbau im einzelnen'«. Man darf daraus schließen, daß *Euckens* Überlegungen zu dem Problem der Aufrechterhaltung der *Konjunktur* im Zeitpunkt der Niederschrift des o.a. Kapitels noch nicht zum Ende gelangt waren.

² Seite 311

Wettbewerbsordnung (Primat der Währungspolitik, Offenheit der Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftungsprinzip und Konstanz der Wirtschaftspolitik) nennt Eucken vier »regulierende Prinzipien«, ohne deren Verwirklichung keine freiheitliche Wettbewerbsordnung erreichbar sei. Es sind dies die »Monopolkontrolle«, eine »Einkommenspolitik«, die sozial bedingte Härten ausgleichen müsse, die Erstellung einer »sinnvollen Wirtschaftsrechnung der Gesamtwirtschaft«, sowie die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe im Falle von »Anomalie Verhalten des Angebots«.

Das größte Problem ist dabei die *Monopolkontrolle*. Sie soll verhindern, daß Monopole und Kartelle entstehen, und sie soll die bereits bestehenden auflösen, soweit dies möglich ist, oder so streng kontrollieren, daß sie sich so verhalten, als ob sie Wettbewerber hätten. Über die Problematik dieser Forderung ist sich Eucken voll und ganz im klaren. Man denke nur an die riesigen Konzerne und an die finanzielle Verflochtenheit unterschiedlichster Industriezweige, sowie an die Verquickung von Staats- und Privatinteressen; man denke an halbstaatliche Gebietsmonopole, Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, Verkehrsunternehmen, Syndikate usw.

Eucken selbst hierzu: »Hier ist der politische Einfluß der Interessentengruppen zu stark, und die Monopolprobleme sind zu mannigfaltig. Mögen einzelne Beamte der Ministerien Gutes leisten; die Stütze, die sie im Staatsaufbau haben, ist zu schwach, wie gerade auch die große deutsche Erfahrung lehrt. Man mache sich über die Effizienz der Monopolkontrolle keine Illusionen.«

»Zwei Methoden der Monopolkontrolle versagen dabei regelmäßig. Erstens: Die Verstaatlichung von Monopolen löst das Problem nicht. Staatliche Monopole treiben regelmäßig ebenso monopolistische Politik wie private Monopole. Sie suchen ebenso wie private den Punkt der höchsten Reineinnahme zu erreichen, der im Monopolfall meist vom Punkt der optimalen Befriedigung der Nachfrage wesentlich abweicht. ...

»Zweitens: Auch der Gedanke, die Funktionäre der Arbeiterschaft für die Monopolaufsicht zu mobilisieren«, habe keine Aussicht auf Erfolg. Im Gegenteil: »Ist die Arbeiterschaft am Monopolgewinn beteiligt, so hat sie am Monopol und an der monopolistischen Politik ein ebenso starkes Interesse wie der Unternehmer. ... Die oft vorhandene freundliche Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Kartellen hat hier eine Wurzel.«

Deshalb sollte »die Monopolaufsicht einem staatlichen Monopolaufsichtsamt übertragen werden, das nur dem Gesetz unterworfen ist. ... Es bedarf also eines neuen, bisher fehlenden Zentralamtes, dessen Aufbau ebenso notwendig wie durchführbar ist. Im Bilde des modernen, industriellen Staates hat

diese große, zentrale Figur des Monopolamts zu erscheinen. Ohne sie ist die Wettbewerbsordnung und mit ihr der Rechtsstaat bedroht. Das *Monopolamt* ist ebenso unentbehrlich wie der *Oberste Gerichtshof*.«¹

»Ganz anders aber ist die Situation in der (echten) Wettbewerbsordnung. Hier wird der Hauptstoß in einer anderen Richtung geführt: Die Entstehung von monopolistischen Machtgebilden wird verhindert. Und zwar nicht nur durch Kartellverbote, sondern – was weit wichtiger ist – durch eine Wirtschafts- und Rechtspolitik, welche die starken Kräfte der *Konkurrenz*, die in der modernen Wirtschaft vorhanden sind, durch Anwendung der konstituierenden Prinzipien zum Durchbruch bringen. Der Staat befreit sich dadurch weitgehend vom Einfluß privater Machtgruppen. Seine Fähigkeit zur Monopolaufsicht ist ungleich größer, wenn nicht die Leiter der . . . großen Konzerne und Trusts und Gewerkschaften seine Willensbildung mitbestimmen.«²

Und schließlich, so Eucken, wirkte die Aufsicht durch das Monopolamt auch »prophylaktisch«. »Das Streben der Menschen, zu monopolistischen Positionen zu gelangen. . . wird wesentlich geschwächt und hört auf, wenn eine so entschiedene Monopolaufsicht wirksam wird.«³

Nun zum zweiten großen Problem, der *Einkommenspolitik*. Eucken stellt fest: »Die Wettbewerbsordnung hat Mängel, und sie birgt Gefahren in sich . . . In der vollständigen Konkurrenz teile ein anonymer Wirtschaftsprozeß den Menschen ihre Einkommen zu, und die Nachfrage dieser Einkommensbezieher lenkt mit Hilfe der Preismechanik den Produktionsprozeß. An dieser Stelle hat die *Kritik* eingesetzt. Löhne, Zinsen, Renten und Unternehmergewinne bilden sich – so wird argumentiert – im Rahmen der vollständigen Konkurrenz zwangsläufig. Und so wird die *Verteilung nicht nach ethischen Gesichtspunkten* vollzogen, sondern sie ist einem ethisch-gleichgültigen Automatismus überlassen. Wie könne das soziale Gerechtigkeit zur Geltung kommen?«

Zwar stellt nun Eucken fest, »daß die Verteilung des Sozialprodukts durch die Preismechanik der vollständigen Konkurrenz – trotz vieler Mängel – immer noch besser ist als die Verteilung auf Grund willkürlicher Entscheidungen privater oder öffentlicher Machtkörper«, aber er verfolgt den Gedanken und die Bedeutung der 'Vollständigen Konkurrenz' leider nicht weiter, sondern er verweist auf die Notwendigkeit der *Korrektur der Verteilung* mit Hilfe der *staatlichen Steuerpolitik*, und zwar durch die *Steuerprogression*. Dabei dürfe aber die Steuerprogression nicht so weit getrieben werden, daß das Sparen verhindert wird – wie es durch die »Vollbeschäftigungspolitiker« in England und Amerika geschehen sei –, son-

1 S. 293/94

2 S. 293

3 S. 298

dem die Steuerprogression »darf nicht so weit gehen, daß die Neigung zu investieren nachläßt«.

Zum dritten großen Problem, der »Wirtschaftsrechnung«, sagt Eucken: »Die Wirtschaftsrechnung der vielen einzelnen Betriebe und Haushalte soll, durch das System der Konkurrenzpreise aufeinander abgestimmt, zu einer sinnvollen Wirtschaftsrechnung der *Gesamtwirtschaft* und zu einer zureichenden Lenkung des Gesamtprozesses führen. Das ist der Grundgedanke der Wettbewerbsordnung.

»Dieses System arbeitet (auch) sehr genau, aber es berücksichtigt nicht die *Rückwirkungen*, welche die einzelwirtschaftlichen Pläne und ihre Durchführung auf die gesamtwirtschaftlichen Daten ausüben.« Man denke an die Boden-, Wälder-, Klimazerstörung, Luft- und Wasserverunreinigung usw., desgleichen an die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit, ungenügend Schutz gegen Unfälle in den Betrieben, allzu lange Arbeitszeiten usw.

Um alle diese Schäden zu vermeiden, ist es auch in der Wettbewerbsordnung notwendig, für den erforderlichen Schutz der Menschen und der Landschaft durch entsprechende *gesetzliche* Maßnahmen nachhaltig zu sorgen.¹

* * *

D. Die Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik

»Alle Prinzipien – die konstituierenden und die regulierenden – gehören zusammen. Indem die Wirtschaftspolitik konsequent nach ihnen handelt, wird eine Wettbewerbsordnung aufgebaut und funktionsfähig gemacht. Jedes einzelne Prinzip erhält nur im Rahmen des allgemeinen Bauplanes der Wettbewerbsordnung seinen Sinn. . . . Die einzelnen Prinzipien ergänzen einander, sind komplementär.«²

»Würde z. B. die Gesamtentscheidung zugunsten einer Wirtschaftsordnung zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs fallen, so wäre das Prinzip der offenen Märkte oder der Haftung oder der Vertragsfreiheit oder der Monopolkontrolle ohne Sinn. Konform sind der Zentralverwaltungswirtschaft zentrale Anweisungen über Berufsausübung und Dienstverpflichtung, Gründung von Außenhandelsmonopolen, Erlaß von Einfuhrverboten, Rationalisierungen, Lizenzen usw.«³

Wird hingegen eine freiheitliche Wettbewerbsordnung angestrebt, so müssen alle Einzelmaßnahmen auf diese hin ausgerichtet und miteinander koordiniert

1 vgl. Seite 302

2 S. 304

3 S. 305

werden, und die Gesetzgebung, unterstützt durch eine absolut unabhängige Rechtsprechung, muß für die konsequente Durchführung aller oben erörterten Prinzipien sorgen. Und – noch einen Schritt weiter – das Grundgesetz selbst muß im Hinblick auf diese Prinzipien ständig zu Rate gezogen und notfalls sogar ergänzt werden. Denn »die Wettbewerbsordnung sollte ein integrierender Bestandteil der Rechtsverfassung sein.«¹

»Dann (aber) wird die außerordentliche Effizienz der Wettbewerbsordnung nach der wirtschaftlichen Seite hin und ihre große Wirkungen auf die anderen menschlichen Ordnungen deutlich werden.«²

Die Beachtung der Tatsache der Interdependenz der Ordnungen ist mithin unabdingbar, wenn denn überhaupt eine lebensfähige freiheitliche Gesamtordnung entstehen soll.

Zur Sozialpolitik schreibt Walter Eucken im letzten Kapitel über die Wirtschaftsordnungspolitik:

»Die eigentliche Sozialpolitik ist etwas ganz anderes, als was man früher häufig darunter verstand. Hier Löhne erhöhen, dort Unfälle in den Betrieben verhindern oder Wohlfahrtseinrichtungen schaffen usw., ist zwar wichtig, aber es genügt nicht. Diese punktuelle Behandlung des Problems muß zurücktreten. Aber nicht weil das Anliegen der Sozialpolitik im bisherigen Sinne nebensächlich gewesen wäre. Im Gegenteil. Weil es so vordringlich ist, muß es für das gesamte Denken über die Wirtschaftsordnung mitbestimmend sein. Gewisse Formen der Sozialpolitik sind überdies geeignet, die Menschen in eine unwürdige Lage zu bringen. . . . Alle, die sich in Abhängigkeit und Not befinden . . . haben Anspruch auf eine Ordnung, die sie bejahen können, weil sie ihnen und ihren Angehörigen ein menschliches Leben ermöglicht.

»Es ist eine Hauptabsicht dieses Buches gewesen, immer wieder deutlich zu machen, daß die Sozialpolitik nicht als Anhängel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat.«³

Deshalb muß – und das ist Euckens entscheidender Beitrag zur Sozialpolitik – durch die Ordnungspolitik die Entstehung sozialer Fragen so weit wie möglich überhaupt vermieden werden: »Richtig verstandene Sozialpolitik ist universaler Art. Sie ist identisch mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft oder der Wirtschaftsverfassungspolitik.«³

Damit der einzelne nicht die Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz,

1 Seite 307

2 Seite 306

3 Seite 313

nicht das Brachliegen seiner Kräfte und eine unverdiente Demütigung seines Selbstgefühls oder gar den Verlust seiner Freiheit befürchten muß, deshalb »muß bei aller Notwendigkeit staatlicher Sozialeinrichtungen die *Hauptsache* als Hauptsache behandelt werden: *die Vermeidung der Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Problem der Wirtschaftspolitik auch im Hinblick auf die Erhaltung der Freiheit - heute ganz besonders.*«¹

* * *

III. *Walter Euckens Vermächtnis*

Wenn je ein Nationalökonom mit seinem Werk - und mit seinem Leben! - seiner Nachwelt eine Aufgabe hinterlassen hat, so ist es *Walter Eucken*. Walter Eucken war durchdrungen von dem Gedanken der Freiheit, und sein Leben war buchstäblich ein Suchen nach Wegen, wie die Freiheit des Menschen in dieser irdischen, unvollkommenen Welt der Zwänge, der Interessentenideologien, der Mißachtung und Unterdrückung der Menschen wiedergewonnen, bzw. überhaupt einmal gewonnen werden kann. Dabei war es vor allem die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der wirtschaftlichen Macht, die ihn zeitlebens zutiefst beschäftigte, nachdem er immer und immer wieder die Unfähigkeit der Wirtschaftspolitiker erlebt hatte, mit diesem Problem fertig zu werden. Auf diese Weise stieß er auf das Zentralproblem der Ordnung: kann eine ganz bestimmte konkrete Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, insbesondere eine Ordnung des Wirtschaftslebens in all seinen Zusammenhängen und Abhängigkeiten von der Rechtsordnung auf allen Lebensgebieten so errichtet werden, daß Freiheit herrscht; daß Menschen nicht Menschen unterdrücken, ausbeuten, vergewaltigen können, sondern daß sie aus eigenem Interesse heraus mit der Verfolgung ihrer speziellen Ziele zugleich dem allgemeinen Besten dienen? So knüpfte er dann auch an den mittelalterlichen ORDO-Gedanken an, zumal an den Gedanken der Tauschgerechtigkeit, die eben durch die freiheitliche Wettbewerbsordnung und eine funktionsfähige Währungsordnung erreicht werden kann. Und diese Grundideen waren es dann auch, die einen größeren Kreis von Gleichgesinnten in der »*Freiburger Schule*« zusammenwirken ließen: Franz Böhm, Constantin von Dietze, H. Großmann-Doerth, Adolf Lampe, Friedrich A. Lutz, Karl Friedrich Maier, Fritz Meyer, Leonhard Miksch, Bernhard Pfister, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und der allzu früh verstorbene Hans Gestrich. In dem hier nachfolgenden »Abschluß«, mit dem *Walter Eucken* seine »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« beendet hatte, darf man daher wohl auch sein Vermächtnis am eindrucksvollsten zum Ausdruck gebracht finden.

¹ Seite 323

Abschluß

Die Methode einer Wissenschaft ist von weit größerer Bedeutung als irgend eine einzelne Entdeckung. So auch in der Wirtschaftswissenschaft. Wichtiger als alle Einzelheiten ist auch in diesem Buch die Methode – das wirtschaftspolitische Denken, für das es sich einsetzt und aus dem sich Fassung und Lösung des Problems ergeben.

Das Problem besteht . . . in dem Aufbau einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Methode besteht darin, daß ein entschiedenes Ordnungswollen sich auf die Gestaltung der Wirtschaftsformen erstreckt, aber auch beschränkt, während der Wirtschaftsprozess selbst seiner Eigengesetzlichkeit überlassen wird.

Daß die Wettbewerbsordnung die Sachgesetzlichkeit, die im Wirtschaftsprozess zum Ausdruck kommt, nicht nur anerkennt, sondern ausdrücklich zum Zuge bringen will, hat ihr den Vorwurf eingetragen, hier werde die Freiheit des Menschen in einer seiner unwürdigen Weise einem starren Mechanismus zum Opfer gebracht. Bestünde der Vorwurf zu Recht, dann wäre die Wettbewerbsordnung in der paradoxen Lage, daß sie gerade den Wert preisgibt, auf den sie vor allem ausgerichtet ist: die Freiheit des Menschen.

Nun aber steht es um die Freiheit des Menschen immer so, daß sie an bestimmten Vorgegebenheiten ihren Widerstand und ihre Grenze findet. Ihr Wesen besteht gerade darin, daß sie dem Gesetz der Dinge sein Recht läßt und sich dennoch als das, was sie ist, behauptet. Dadurch eben unterscheidet sich Freiheit von Willkür.

Zweitens aber ist die Aufgabe einer Lenkung dieser so unendlich kompliziert gewordenen, modernen industriellen Welt von einer solchen Größe, daß sie die dem Menschen gegebene Kraft an sich übersteigen würde, wenn es nicht zu seinem Glück so etwas gäbe wie die Lenkungsmechanik der Marktwirtschaft, die dem Menschen wenigstens einen Teil der Aufgabe abnimmt. Deutlich tritt hier auseinander, was der einzelne zu leisten imstande ist und was nicht. Und durch diese Grenzscheidung wird er erst *wirklich* frei für seine eigentliche Möglichkeit: freie Entfaltung der individuellen Kräfte im Wirtschaftsprozess – freie Gestaltung der Wirtschaftsformen.

Liegt aber nicht doch eine Vergewaltigung menschlicher Selbstbestimmung darin, daß das wirtschaftliche Moment hier so stark in den Vordergrund gerückt wird? Darauf ist zu erwidern: Ein ganz konkretes unabdingbares Problem des Alltags ist zu lösen: Die Überwindung der wirtschaftlichen Knappheit. Von der Lösung dieses Problems hängt die Lösung vieler anderer Probleme ab. Der sach-

liche Vorrang, den die Wettbewerbsordnung der wirtschaftlichen Notwendigkeit einräumt, hat mit materialistischen Auffassungen nichts zu tun. Hier ist keine Wahl: Wenn die ökonomische Notwendigkeit als untergeordnet vernachlässigt wird – was gleichbedeutend ist mit einem Verfall des ökonomischen Denkens –, dann werden die Menschen nur noch in einem viel höheren Grade von der Wirtschaft abhängig. Dann ist die Freiheit wirklich in Gefahr. Und am Ende erscheint nur die andere Seite der Alternative: Zentralverwaltungswirtschaft – Totalitarismus mit ihren vernichtenden Folgen für die Freiheit des Menschen.

Demgegenüber ist es das Anliegen der Wettbewerbsordnung, die soziale Frage im Geiste der Freiheit zu lösen und dadurch die Freiheit überhaupt zu retten. Wenn aber das Recht einer freien Ordnung gegen den auf allen Seiten vordringenden Kollektivismus behauptet werden soll, dann ist es notwendig, daß die Träger der Ordnung auch den Sinn der Ordnung verstehen. Viele komplizierte Dinge drängen sich zwischen den modernen Menschen und die elementaren Grundtatsachen der Welt, in der er lebt. Deshalb muß die Devise sein: Wider das Unelementare des Denkens – zu den Sachen! Endlich Verzicht auf alles unverbindliche, ideologische Gerede, das sich hindurchschleppt von Schreibtisch zu Schreibtisch, in roherer Form von Zeitung zu Zeitung, in noch roherer Form von Wahlversammlung zu Wahlversammlung. Es sind doch alles nur Schemen. Man realisiert nicht, was auf dem Spiel steht, und man sieht nicht, welche Sachzusammenhänge beachtet werden müssen.

Daß der Totalitarismus ein Programm hat, wissen die Menschen. Daß es demgegenüber ein Programm der Freiheit gibt – die Wettbewerbsordnung – wissen sie nicht oder nicht genug. Das ökonomisch-technische Problem, das in der Wettbewerbsordnung zu lösen versucht wird, wird nicht gesehen oder doch in seiner Bedeutung auch für andere Lebensgebiete unterschätzt.

Es ist aber nur die eine Seite der Wettbewerbsordnung, daß sie auf die Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit dringt. Ihre andere Seite besteht darin, daß hier gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklicht werden soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre besondere Stärke. Denn ein sozial-ethisches Wollen in Verbindung mit der ökonomischen Sachlogik ist ebenso ohnmächtig, wie andererseits die wirtschaftliche Sachlogik nicht zur Auswirkung kommt, wenn nicht ein soziales Ordnungswollen die Gestaltung der Formen beeinflusst.

Noch aber fehlt es in allen Ländern an einer Führungsschicht, die begriffen hat, was die Wettbewerbsordnung ist: nicht nur an sich als Ordnung der Wirtschaft, sondern auch als Bedingung für eine Ordnung der Gesellschaft, als großes Gegenbild, das man der totalitären Konzeption entgegen setzen kann.

Es muß in das allgemeine Bewußtsein eingehen: Indem man sich für Zentralverwaltungswirtschaft oder für die Wettbewerbsordnung entscheidet, entscheidet man sich zugleich – ob man es nun weiß oder nicht, und meistens weiß man es nicht – für ganz große Lebensbereiche. Klarheit muß darüber herrschen, was eine Entscheidung für den Kollektivismus an Konsequenzen mit sich bringt.

Wenn man die Konsequenzen des Kollektivismus nicht will, dann muß man wollen, daß das Gesetz des Wettbewerbs herrscht. Und wenn der Markt herrschen soll, dann darf man sich auch nicht weigern, sich ihm anzupassen. Man darf Unsicherheit nicht dadurch bekämpfen wollen, daß man eine neue Unsicherheit schafft.

Für die Verteidigung einer freien Ordnung haben wir nicht die Möglichkeit der Totalitären, nicht ihre Machtmittel, zu denen der Terror gehört, und nicht den durch Propaganda ausgelösten kollektiven Begeisterungsrausch. Manche meinen daher, wir hätten ihnen keine andere Haltung entgegenzusetzen als die einer stoischen Resignation. aber so sollte der uns auferlegte Kampf für die Sache der Freiheit nicht geführt werden. Die Stoiker waren groß – aber es fehlte ihnen an Freudigkeit. Und sie darf nicht fehlen, wenn die Menschen Mut und Kraft genug für den Bau einer freien Ordnung aufbringen sollen.

Nur eine echte Positivität kann über Vereinzelung und Lähmung Herr werden. Hier gilt, was *Schiller* gesagt hat: »Einen Geist kann nichts verletzen, als was ihm die Freiheit raubt, und er beweist die seinige, indem er das Formlose bildet. Nur wo die Masse schwer und gestaltlos herrscht und zwischen unsicheren Grenzen die trüben Umrisse wanken, hat die Furcht ihren Sitz. Jedem Schrecknis ... ist der Mensch überlegen, sobald er ihm Form zu geben und es in sein Objekt zu verwandeln weiß.¹

¹ *Walter Eucken*, a.a.O. S. 369 ff

Quellenhinweis zu Teil IX

- Walter Eucken:* Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1941
Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952
- Gide & Rist:* Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1913
- Alfred Kruse:* Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, Berlin 1959
- W.A. Jöhr:* Walter Euckens Lebenswerk (in H.C. Recktenwald Geschichte der Politischen Ökonomie, Stuttgart 1971)
- H.H. Götz:* Walter Eucken und die Freiburger Schule, FAZ 21.3.70
- Günter Schmölders:* Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Wiesbaden 1961
- Harald Winkel:* Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit, Darmstadt 1978
- Egon Tuchtfeld:* Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung, in »Grundtexte der Sozialen Marktwirtschaft« Hrsg. Wolfgang Stützel, Stuttgart 1981

Kapitalismus – quo vadis?

Hugo Schwenk

Liest man die Wirtschaftskommentare unserer Regierung, den Börsenzettel und die Berichte über die anderen führenden Nationen der westlichen Welt, so herrscht überall eitel Sonnenschein! Die Börsenkurse steigen seit 1983 in immer neue Höhen, für 1986 wird ein höheres Wirtschaftswachstum vorausgesagt, die Inflationsraten zeigen eine beachtlich fallende Tendenz. Zwar zeigt dieser blank geputzte, kapitalistische Schild einige schwarze Flecken: die hohe Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die völlige Überschuldung der Entwicklungsländer. (Von der noch höheren Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern spricht man nicht). Doch was macht das schon; wir, die kapitalistischen Regierungen, werden auch diese Probleme noch lösen. Laßt uns nur noch etwas Zeit, wir haben die Lage »völlig im Griff«! Haben nun wirklich die Regierungen der Industrieländer, deren Notenbanken und Großbankiers die Lage so im Griff, daß dieser Tanz um das goldene Kalb, dieses Spielbank-Riesenroulette, noch Jahrzehnte problemlos andauern kann? Die Welt ist heute nicht nur in der Kommunikation, sondern auch im Finanzgeschehen – dem Herzstück des Kapitalismus – zu einem Punkt zusammengeschmolzen. Dies mag vielen Beteiligten als ein Vorteil erscheinen, kann jedoch binnen Stunden auch die Katastrophe auslösen.

Unbestritten, leider erst seit Anfang der 80er Jahre in voller Gefahr erkannt und offiziell zugegeben, ist die Zahlungsunfähigkeit der Entwicklungsländer. Man spricht in den Verlautbarungen über Konferenzen und in sonstigen Berichten nur von Überschuldung; doch das ist geradezu lächerlich. Diese Länder sind seit Jahren zahlungsunfähig; »banco rotto«, bankrott lautet der immer noch gebräuchliche Ausdruck. Warum wird er denn nicht angewendet, warum wird immer nur von neuen »Umschuldungsvereinbarungen« gesprochen? Das Ergebnis liegt doch schon vor Verhandlungsbeginn auf dem Tisch. Diese Länder können ihre Zinsen nicht bezahlen und schon gar nicht die Amortisationen; sie benötigen zusätzlich neue, erhebliche Kredite, um ihre Volkswirtschaften vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Nur dadurch kann die offizielle Erklärung des Staatsbankrotts vermieden werden. Die Lage hat sich schon lange umgekehrt. Nicht die Schuldner sind in der Hand ihrer Gläubiger, sondern diese müssen gute Miene zum bösen Spiel machen. Sonst müßten sie ihrerseits die Zahlungsunfähigkeit erklären. Denn nahezu alle diese Forderungen gehören in den Bankbilanzen zu Lasten des Eigenkapitals ausgebucht. Das würde einen Bankenkrach heraufbeschwören mit der Gefahr einer internationalen Kettenreaktion. So erleben wir, erstmalig in der Geschichte, einen offiziell geduldeten Bilanzbetrug. Welch ein Niedergang des Kapitalismus!

Warum die internationalen Großbanken, vor allem aus den USA, solch riesige Kredite in die Entwicklungsländer pumpen, mögen sich Geldgeber und Geldnehmer heute selbst fragen. Zumindest den Geldgebern hätte klar sein müssen, wie unvorbereitet in Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen diese Ländern auf den »Geldsegen« waren. Doch nicht nur die Kreditbeträge selbst, auch die Zinsen stiegen in Höhen, wie sie an sich traditionell nur in Krisenzeiten auftraten. Als die USA 1979 auf einen harten Restriktionskurs zur Inflationsbekämpfung umschalteten, stiegen die Dollar-Zinssätze wie eine Fieberkurve. Der Zentralbank-Diskont, 1977 noch bei 6 %, überschritt 1979 die 10 % Marke und erreichte im März 1980 seine Spitze mit knapp 16 %. Erst gegen Ende des Jahres 1982 wurde die 10 % Linie wieder unterschritten, um dann in den Folgejahren knapp unterhalb dieser Linie zu pendeln. (Im März 1986 7,0 %). Dadurch stiegen die Prime rate-Zinssätze (Sätze für erste Adressen) im Jahresdurchschnitt von 6,8 % 1977 auf 12,7 % 1979, 15,3 % 1980 bis 18,9 % 1981. Erst 1982 setzte sich mit 14,9 % über 10,8 % 1983 eine fallende Tendenz durch. Die Spitze wurde im Dezember 1980 mit 21,5 % erreicht, 1985 wurde diese 10 % Grenze unterschritten (März 1986 9 %). Die USA als führende Weltwirtschaftsmacht übte einen entscheidenden Einfluß auf die internationale Zinsgestaltung aus und riß mit dieser Zinspolitik die Zinsen aller konvertierbarer Währungen in die Höhe.

Das internationale Überschuldungsproblem besteht nicht nur aus dem Schuldenturm der Entwicklungsländer. Die Länder des Ostblocks schieben ebenfalls einen Schuldenberg in einer Größenordnung von über 100 Milliarden Dollar vor sich her. Wie schnell Großkredite einfrieren können, mußten die westlichen Staaten vor wenigen Jahren im Falle Polen lernen. Dessen Schuld erreichte inzwischen fast 30 Milliarden Dollar, und die Chancen für Verzinsung und Tilgung sind genau so gering wie bei den Großschuldern Mittel- und Südamerikas, Asiens und Afrikas. Sicherlich, die kommunistischen Länder muß man differenzierter sehen als die Länder der dritten Welt. Gegenseitige Hilfe ist zumindest möglich und wird im äußersten Notfall auch gewährt. *Wesentlicher sind die Machtmittel einer eingespielten, strikten Diktatur der Bevölkerung gegenüber; auch ein Weg, eine Zahlungskrise durchzustehen.* Gerade die vergangenen Jahre gaben hierfür gutes Anschauungsmaterial. Warum die Spitzenfunktionäre sich solche Zins- und Zinsseszinslasten aufgeladen haben, ist ebenfalls schwer verständlich. Sie hätten doch nur ihren Marx zu Rate ziehen dürfen, der dem Zinsproblem in seinem Buch »Das Kapital, Kritik einer politischen Ökonomie« viel Aufmerksamkeit gewidmet hat. Im 24. Kapitel des dritten Bandes stellt er fest:

«Wie im Abschnitt III dieses Buches bewiesen, nimmt die Profitrate ab im Verhältnis zur steigenden Akkumulation des Kapitals und der ihr entsprechenden steigenden Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, die sich

gerade in der wachsenden relativen Abnahme des variablen Kapitalteils, gegenüber dem konstanten, ausdrückt. Um dieselbe Profitrate hervorzubringen, wenn das von einem Arbeiter in Bewegung gesetzte Kapital sich verzehnfacht, *müßte die Arbeitszeit sich verzehnfachen, und bald würde die ganze Arbeitszeit, ja die 24 Stunden des Tages dazu nicht hinreichen*, selbst wenn ganz vom Kapital angeeignet...

Mag auch dieser Fehler den Herrschaften unwissend, wahrscheinlich aber aus einer Notlage des »realen Sozialismus« unterlaufen sein, eine Lehre ihrer Geschichte werden sie nicht vergessen:

Lenin hat die Milliarden-Auslands-Schulden des zaristischen Staates einfach gestrichen.

Dieses Thema der Überschuldung, der historisch noch nie dagewesenen Zahlungsunfähigkeit von Dutzenden von Ländern, hat noch einen dritten, gewichtigeren Aspekt als denjenigen der Länder der zweiten und dritten Welt: die Überschuldung der Industrieländer selbst – sowohl im internationalen Verkehr gegenüber Dritten als in der Staatsverschuldung, hier vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung. Man darf nur die in wenigen Jahren angehäuften Schulden der Bundesrepublik ansehen.

Allein der Bund selbst war nicht zimperlich:

1970	31,7 Mrd. DM	1975	94,5 Mrd. DM
1980	218,7 Mrd. DM	1985	379,0 Mrd. DM

Insgesamt entwickelten sich die Staatsschulden der BRD:

1970	126,0 Mrd. DM	1975	256,0 Mrd. DM
1980	469,0 Mrd. DM	1985	750,0 Mrd. DM

Wie sich leicht aufzeichnen läßt: beide Kurven bekamen einen immer stärkeren, ins exponentielle übergehenden Charakter.

Nun haben Politiker die Eigenschaft, immer auf den anderen zu zeigen, wie der Schüler, der eine schlechte Note nach Hause bringt. Jawohl, die »anderen« sind auch nicht besser, teilweise sogar erheblich schlechter. Frankreich z. B. hat Auslandsschulden von 80 Mrd. Dollar; (die Auslandsschulden der BRD liegen bei ca. 100 Mrd. DM), die Staatsschuld der USA hat 1,8 Billionen Dollar erreicht, (wobei Reagan angetreten ist, das in der Carter-Ära aufgetretene Budgetdefizit zu tilgen). Einige andere europäische Länder haben in ihren Staatsschulden schon längst verantwortungsfähige Grenzen überschritten. Doch alle diese Hinweise ändern an der eigenen, sehr schlechten Zensur gar nichts.

Insgesamt gesehen betragen die gefährdeten, eingefrorenen oder ganz verlorenen Kredite *eine Größenordnung von mindestens 2.000 Milliarden Dollar!*

Allein die 15 größten amerikanischen Banken sitzen auf ca. 1,25 Billionen Dollar ungesicherter Kredite. Das normale Kreditverständnis reicht nicht aus, die Größenordnung dieses Schuldenberges, dieses modernen Turmbaus zu Babel, zu erfassen. Vielleicht hilft der Hinweis auf die Devisenbestände aller Notenbanken der Industriestaaten: etwa 200 Milliarden Dollar.

Welche Gesichtspunkte zeigen sich nun aus dieser Lage der internationalen Finanzwirtschaft, diesem Koloß auf tönernen Füßen?

1) Jedem Zinsertrag steht eine Zinsschuld gegenüber. Daß mit diesen Wucherzinsen der Schuldner in eine immer ausweglosere Lage hineinmanövriert wurde, schien niemanden zu interessieren. Dabei zeigt bereits ein Rechenbeispiel auf dem Taschenrechner den nahezu exponentiellen Anstieg der Schulden, wenn die Zinssätze bei 12% und höher liegen, der Schuldner zu einer normalen Bedienung der Zinsen gar nicht mehr in der Lage ist und deshalb die Schuldzinsen zum »Kapital« zugeschlagen werden müssen. Eine 12%ige Schuld hat sich in 10 Jahren verdreifacht, in 12 Jahren fast vervierfacht! Unwillkürlich denkt man an das Karnevalslied: »Wer kann das bezahlen, wer hat so viel Geld«. Ein Schuldner kann nur mit produktiver Leistung seine Schulden tilgen; wie kann ein Land, eine Firma, ein Landwirt solche Gewinne erwirtschaften, wie sie diese Zinsseszinsen zusätzlich zur Schuldentilgung erfordern. »... da müßte die Arbeitszeit, ja, die 24 Stunden des Tages nicht hinreichen ...« stellte Karl Marx fest.

2) Die hohen Zinsen haben zwei Effekte:
Die Guthaben wachsen immer schneller und finden ohne Schwierigkeiten neue Schuldner, vor allem den Staat. Die Schuldner bezahlen mit diesen Zinssätzen eine Illiquiditätsverhinderungsprämie.
Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer; der hohe Zins begünstigt die Reichen und schafft immer härtere Arbeitsbedingungen für diejenigen, die von ihrer Arbeit leben müssen.

3) So sind inzwischen herrliche Zeiten für alle angebrochen, die Spielgeld für das neue Roulette auf dem Sparkonto hatten oder sich beschaffen konnten. Nicht nur der erfahrene Reiche, auch der kleine Mann wurde mit einer raffinierten Werbung geködert (siehe Bundesschatzbriefe mit dem »wachsenden« Menschen). Eine wundersame, gütige Glücksgöttin sichert die erwünschte Reserve für das Alter oder das demnächst erforderliche neue Auto.

Einkommen ohne Arbeit – der Idealfall der Menschheit!

Die Ideologen aller Farben fanden nichts dabei, sich an dieser Illusion einer unerschöpflichen Geldquelle zu beteiligen.

4) Die Staatsverschuldung der BRD ist bereits in den 1970er Jahren aus der Kontrolle geraten. Dies trifft für alle drei Ebenen, Bund, Länder, Kommunen zu (mit wenigen Ausnahmen bei Ländern und Kommunen). Die Ansätze der jetzigen Bundesregierung müssen, entgegen offiziellen Verlautbarungen, als gescheitert angesehen werden. Durch das in Jahrzehnten von Politikern aller Parteien und den Gewerkschaftsführern aufgebaute politische Credo unseres Landes:

»Jedermann jedes Jahr mehr Geld, höhere Sozialleistungen,
geringere Arbeitszeiten«

und unter dem Einfluß des bereits Ende 1985 beginnenden Wahlkampfes konnten keine ausreichenden Dämme gegen diese Schuldenflut aufgebaut werden. Und wie das alles weiter geht, wenn andere Gruppierungen an die Macht kommen, zeigt ein Blick auf deren Programme und Vorstellungen.

5) Jedes schicksalsmäßig auf seinen Untergang zusteuern System hat seine Warner gehabt. Doch was nützte es, als die Seherin *Kassandra* den Untergang von Troja voraussagte? Abgesehen davon, selbst wenn man sie ernst genommen hätte, wäre das Geschehen beeinflussbar gewesen? Das römische Weltreich, der französische Feudalismus, der russische Zarismus, die Weimarer Republik, nur um einige Beispiele zu nennen, sie alle hatten ihre vergeblichen Mahner, und *die Hauptursache ihres Untergangs war die finanzielle Mißwirtschaft*. Auch der heutige Kapitalismus hat seine *Kassandras*: in der BRD der ehemalige Bankier von Bethmann mit seinen Büchern »Die Zinskatastrophe«, »Der verratene Kapitalismus«, und der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Martin mit seinen Büchern »Die Pleite«, »Wann kommt der Staatsbankrott«, »Cash, Strategie gegen den Crash«. Wissenschaftlich fundiert begründen diese Mahner ihre Theorien: es kann so nicht weiter gehen, je höher dieses Riesen-Roulette gespielt wird, desto tiefer der Absturz. Der Crash, der Zusammenbruch der Kreditpyramide und damit die Vernichtung all dieser Schuldforderungen, ist unvermeidlich; auch diese Mahner erleiden das gleiche Schicksal wie einst *Kassandra*.

Doch wie soll eine neue Kultur entstehen, wenn nicht durch Zusammenbruch der Säulen der Alten. Und die Säule der naturwissenschaftlich-materialistischen Kultur ist der Kapitalismus. So wird auch hier das Schicksal seinen geplanten Weg gehen. Für die Mächtigen gibt es mehrere Lösungen. Mit einer Währungsreform ähnlich derjenigen vom 20. Juni 1948 würde das durch die hohen Zinsen hochgeputschte Geldvermögen einerseits und die Schuldforderungen andererseits vernichtet; sozusagen in Form einer Evolution und ohne die Folgen einer weltweiten Wirtschaftskrise wie 1929. Vielleicht aber läuft den Geldherren und ihren Hand-

langern, den Politikern, die Sache aus der Hand und es kommt zu dem Zusammenbruch von heute auf morgen, wie 1929. Dann werden die Folgen sehr schlimm werden und lange andauern. Oder aber, davor möge uns Gott behüten, sie flüchten in einen Krieg. Dann löst sich das Kreditproblem von alleine. Es gibt auch andere Lösungen, wahrscheinlich zweckmäßigere. Aber bringen die Staaten die hierfür notwendige *Solidarität und Entschlußkraft* auf? Und zwar sowohl national als auch international? Ein Blick auf unseren innenpolitischen Zustand (wie Weimar in seinen letzten Zuckungen), auf die EWG und die UNO zeigt uns die Hoffungslosigkeit solcher Wunschträume. Auch erübrigt sich die Frage, wer die Zeche bezahlt. Die »Großen« bestimmt nicht; diese fanden immer einen Ausweg, und diese modernen Volksbeglückungsideologen und Rüstungsfanatiker werden ihnen nicht nachstehen. Die Zeche bezahlt wie immer der kleine Mann, die breite Masse. Dieser Teil der Affäre läuft bereits seit Jahren über die Steuerbelastung (siehe z. B. die Übernahme von Milliardenbeträgen aus verlorenen Ost- und Entwicklungskrediten durch den Bund) und die überhöhten Zinsdifferenzen zwischen Soll- und Habenzinsen bei den Banken, mit deren Ergebnissen dann dort die leichtsinnig vergebenen Kredite soweit ausgebucht werden, wie dies die Bilanzen zulassen. (Und damit zusätzlich zu Lasten der Steuer). »Risikovorsorge« nennen die Bankherren dieses Verfahren verharmlosend bei der Pressekonferenz.

Wie lange dieses Roulette noch läuft, noch laufen kann, weiß niemand. Doch eine Feststellung kann gewagt werden: *diese Spielart des Kapitalismus geht dem Ende zu*. Trotz des Vorwurfes, Cassandra spielen zu wollen: *noch in diesem Jahrhundert!* Rudolf Steiner hat 1917 erstmalig ein neues Gesellschafts- und Sozialmodell, die *Dreigliederung*, formuliert. Was muß in unserem Land eigentlich noch geschehen, nach den Ereignissen des 1. und des 2. Weltkrieges, bis endlich die Mächtigen unseres Landes, seine Wissenschaftler und seine Theologen den Mut aufbringen, aus ihren geistigen Schranken und ihren Gruppenegoismen herauszusteigen und sich mit Dr. Steiner, seiner Lehre und vor allem seiner Dreigliederung beschäftigen? Viel Zeit gesteht das Schicksal dem deutschen Volk nicht mehr zu, wenn es zu einigermaßen zufriedenstellenden Verhältnissen das kommende Jahrtausend erreichen will!

Vor 50 Jahren – am 26. September 1936

Hans Hoffmann

Wenn das Schweizervolk, außer Sport und kurzlebigen Tagesfragen, an einer der wesentlichsten Säulen seines Wohlstandes, nämlich der Währungspolitik seiner Nationalbank, eine Spur von Interesse aufzubringen in der Lage wäre, würde es am 26. September eines historischen Ereignisses gedenken, das vor 50 Jahren die entscheidende Weiche gestellt hatte, seine Wirtschaft aus der Deflationskrise herauszuführen, nämlich

die Abwertung des Schweizerfrankens um 30 % am 26. September 1936, einem Samstag.

Es gilt keiner heroischen Schlacht mit Hellebarde und Morgenstern der alten Eidgenossen zu gedenken. Weder Mannesmut noch Geisteskraft stand dem Ereignis vor 50 Jahren zu Gevatter, sondern nur pure Kapitulation vor dem, was – wider besseres Wissen und dem unentwegten Drängen der Freiwirtschaftler zum Trotz – einfach nicht sein durfte.

Der damalige Vorsteher des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Prof. Dr. *Gottlieb Bachmann*, saß an jenem Samstag morgen mit dem Bundesrat zusammen, um ihn wieder einmal mehr zu überzeugen, daß *nur* die Beibehaltung der Goldwährung, das strikte Festhalten an der Goldparität des Schweizerfrankens unsere schwer havarierte Wirtschaft, auf weite Sicht gesehen, wie es hieß, retten könne. Dies trotz der Tatsache, daß alle andern Währungen des damaligen sog. Goldblocks mit der frühzeitigen Anpassung ihrer Münzfüße ausschließlich gute Erfahrungen gemacht hatten und soeben Frankreich diesem Beispiel gefolgt war.

Nachdem daraufhin Prof. Dr. Bachmann siegesbewußt von Bern nach Zürich zurückgefahren war, mußte er aus dem Munde des Nachrichtensprechers vernehmen:

»Der Bundesrat hat beschlossen, den Schweizerfranken zum Wohle des Volkes um 30 % abzuwerten.«

Man kann sich leicht seine Enttäuschung, aber auch die »Luftsprünge« aller Freiwirtschaftler vorstellen, die an jenem spannungsgeladenen Samstag den Mittagsnachrichten lauschten. (Damals gab es noch kein Fernsehen).

Es war unfassbar: Derselbe Bundesrat, der noch vor zwei Jahren das Schweizervolk beschwor, »niemals seine Hand für ein solches Verbrechen hinzugeben« und ein desaströses Währungschaos prophezeite, erklärte nun, 180 Grad umgedreht:

»Zum Wohle des Volkes« und »Ein Franken bleibt ein Franken«

Was hatte diese Wende gebracht? Der Bundesrat war, angesichts der tags zuvor erfolgten Abwertung des französischen Francs doch etwas verunsichert. Bundes-

rat Dr. *Philipp Etter* ersuchte kurz nach der Wegfahrt Prof. *Bachmanns* einen Zuger Freund, einen Industriellen, um seine Meinung. »Sofort abwerten, das ist die einzige Rettung unserer notleidenden Exportwirtschaft!«, tönte es von der andern Seite des Drahtes. Etter soll beim bundesrätlichen Entscheid das Zünglein an der Waage gewesen sein.

Um was ging es damals?

»Als am 1. April 1930 die Krise ausgebrochen war ...« – so liegt mir die Aussage Prof. Dr. *Eduard Kellenbergers* an einer seiner Vorlesungen an der Universität Bern heute noch deutlich im Ohr. Er deutete damit an, daß die Krise nicht Schicksal, sondern Menschenwerk war:

Der Bundesratsbeschluß vom 28. März 1930 hatte einen einzigen Artikel:

»Die Ziffer 2 des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juli 1914 betreffend die Ausgabe von 20-Franken-Banknoten und den gesetzlichen Kurs der Banknoten der Schweizerischen Nationalbank wird auf den 1. April 1930 aufgehoben.«

Damit wurde die Schweizer Banknote, nach 16 erfolgreichen Jahren, wieder zum »fiduziären Zahlungsmittel« degradiert, die Nationalbank zur (dennoch nicht praktizierten) Einlösung ihrer Noten gegen Gold verpflichtet und damit die »klassische Goldwährung« wieder eingeführt.

Das Schweizerische Münzgesetz definiert den Franken zu

$$63/310 = 0,203\,225\,806 \text{ Gramm Feingold,}$$

womit die Goldparität zum Dollar auf

1 Dollar = 0,888 671 : 0,203 226 = 4,372 821 Franken fixiert worden war mit dem Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit in der Schweiz im Jahresmittel

1930 12 881	1932 54 366	1934 65 440	1936 93 000
1931 24 208	1933 67 867	1935 82 468	

auf das Siebenfache »angestiegen worden war«.

Nach der Abwertung des Schweizerfranken um 30 % (auf 9/31 = 0,290 322 580 Gramm Feingold), sank die Arbeitslosigkeit laufend:

1937 71 130	1938 65 538	1939 40 342
-------------	-------------	-------------

Wider besseres Wissen!

Ich weiß, das ist eine harte Anklage. Die Hüter unserer Währung haben sie nicht gehütet. Die auf das Wohl des Volkes vereidigten Magistraten hatten das Wohl anderer, nur nicht dasjenige des Schweizervolkes im Auge. Prof. Dr. *Bachmann*, der damalige Vorsteher des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank entstammte derselben Hochschule St. Gallen, an welcher zu jener Zeit auch Prof. Dr. *Alfred Bosshardt* lehrte, welcher in seinem Buch: »Wesen der Goldwährung und Voraussetzungen ihres Wiederaufbaus« 1935 unmißverständlich geschrieben hatte:

»Der Gedanke eines festen inneren Geldwertes der Landeswährung ist dem Sinn und Wesen der Goldwährung durchaus fremd und muß sein: In der Goldwährung ist kein Platz für nationale Festwahrungen. Den Geldwert im Sinne der Goldwährung verteidigen, bedeutet nicht etwa, daß die Preise im Inland möglichst wenig oder überhaupt nicht variieren, sondern heißt im Gegenteil, dafür sorgen, daß die Inlandspreise sich fortwährend der Preisbewegung der übrigen Goldwahrungslander anpassen.« »In der Gleichschaltung der Preis-Grundbewegung innerhalb des Goldwahrungskomplexes erkennen wir das eigentliche Wesen der Goldwährung: Sie ist es, welche die einzelnen Volkswirtschaften recht eigentlich zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschließt, welche Tatsache dann auch in der Gemeinschaft der Konjunktur- und Krisenschicksale ihren drastischen Ausdruck findet.«

Was Prof. Dr. Eduard Kellenberger von der Universität Bern, Prof. Dr. Alfred Bosshardt von der Hochschule St. Gallen und viele andere wußten, von den Freiwirtschaftlern ganz zu schweigen, das mußte auch Prof. Dr. Gottlieb Bachmann, samt dem Direktorium der Schweizerischen Nationalbank, als Fachorgan geläufig sein. Und sie wußten es! Von den hohen Politikern freilich konnte man nicht viel Sach- und Fachkenntnis voraussetzen. Ich besitze die Nummer des Berner »BUND« vom 5. April 1935, deren Seiten 2 und 3 man so falten konnte, daß unmittelbar nebeneinander auf derselben Höhe folgende Weisheiten zum Besten gegeben werden:

Seite 2: Bundesrat und Finanzminister Dr. *Albert Meyer*:

»Gefährlich wäre das Schwinden des Vertrauens im Inland. *Nie ist eine Währung von außen her zugrunde gerichtet worden.* Ich »hoffe, daß man im Inland zur Besinnung kommt.«

Seite 3: Bundesrat und Wirtschaftsminister *Hermann Obrecht*:

»Wir dürfen nicht an eine Frankenabwertung denken. Das Problem stellt sich, *von innen heraus gesehen, überhaupt nicht.* Die Gefahr kann nur *von außen her an unser Land herantreten* und da sind unsere Abwehrmaßnahmen derart stark, daß wir keinen Grund haben zu verzweifeln und zu kapitulieren.«

Anders verhielt es sich indessen bei Bundesrat Dr. *Edmund Schulthess*, der sein »wider besseres Wissen«, nicht ohne einen gewissen Stolz noch selbst unterstrich: Am 29. November 1934 anläßlich einer Rede in Aarau, im Abdruck fett hervorgehoben:

»Was das Vorgehen anbetrit, so sehe ich leider keine andere Lösung als die Intervention des Staates. Sie rechtfertigt sich, weil der Preisabbau nach meiner Überzeugung eine Lebensfrage ist.« ... »Anhänger der bestimmten

Entwertung geben sich der Illusion hin über die Möglichkeit einer beschränkten Entwertung. Die Folgen einer Währungsentwertung Ihnen auszumalen, kann ich mich enthalten. Ich glaube nicht, daß jemals bei uns irgend jemand bereit wäre, die Verantwortung für eine gewollte Währungsentwertung zu übernehmen, und das Schicksal möge uns davor behüten. *Wäge ich vor meinem Gewissen die Möglichkeiten ab, die sich uns bieten*, so finde ich keinen andern Weg, als den von mir gezeigten. Wenn er auch hart und steinig ist, so führt er doch nach meiner Überzeugung aufwärts.«

Zwei Monate *nach* der Abwertung, nämlich am 3. Dezember 1936 erklärte er, laut dem Berner »BUND«, in seiner Rede im Genfer Automobilsalon:

»Schon vor zwei Jahren habe ich in einer Rede in Aarau auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden. Schon damals war ich innerlich der Überzeugung, daß es nur einen Weg geben, den alle andern Staaten gegangen sind –, nämlich die Abwertung des Frankens.«

Die Ironie des Schicksals lieferte zu jener Zeit gleich noch ein weiteres pikantes Münsterchen: Die im Juni 1934 als überparteiliche Organisation gegründete und wohl subventionierte »Vereinigung für gesunde Währung« stellte sich die Aufgabe, das Schweizervolk in Fragen des Geldwesens aufzuklären und im Interesse der Volkswirtschaft für eine gesunde Währung auf Goldbasis einzutreten. Daß ihr dabei die stets vehement auf Loslösung vom Gold und auf Flexibilität der Wechselkurse strebenden Freiwirtschaftler unangenehm waren, versteht sich. Sie veranlaßte daher den Bundesrat, ein Maulkorbgesetz zu erlassen, welchem Wunsch er am 19. Juni 1936, d. h. 3 Monate *vor* der bereits in der Luft liegenden Abwertung, mit folgendem Bundesbeschluß stattgab:

»Wer vorsätzlich unwahre Tatsachen behauptet oder verbreitet, die geeignet sind, den Landeskredit zu schädigen oder das Vertrauen in die Landeswährung zu untergraben, wird mit Buße bis zu Fr. 20.000.– oder mit Gefängnis bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.«

Man beachte: »Unwahre Tatsachen«!

Das Debakel ließ nicht lange auf sich warten: Noch am 23. September erklärte der Bundesrat Hermann Obrecht *vor dem Parlament*:

»Der Bundesrat lehnt eine Diskussion über die Abwertung überhaupt ab.«

Drei Tage später erfolgte sie doch.

So blieb dem seinerzeitigen Bundespräsidenten, der in seiner Eigenschaft als Finanzminister noch und noch die fixen Wechselkurse gepriesen und vor dem

Verbrechen einer allfälligen Abwertung gewarnt hatte, die heikle Aufgabe, dem Schweizervolk nun das Gegenteil mit folgenden Worten mundgerecht zu machen:

»Der Franken bleibt wie bisher ein Franken. Für Gläubiger wie Schuldner bleibt das bisherige Verhältnis. Irgendwelche Beunruhigung gegen die Banken wäre unverständlich. Die Einlagen der Sparer bleiben überall unbehelligt und ungekürzt.«

Und das liebe Schweizervolk glaubte ihm aufs Wort – es hatte bereits vergessen, daß derselbe Bundesrat kurz zuvor gerade die Sparer beschwört hatte:

»Es wäre für ein Land wie die Schweiz ungeheuerlich, sich in ein Abenteuer wie die Abwertung zu stürzen, das den Arbeitenden und Sparern schwer treffen und unter allen Umständen den öffentlichen Haushalt in Verwirrung und die Stellung der Schweiz als internationalen Kapitalmarkt zerstören müßte.«

So löste sich die »Ungeheuerlichkeit« in Minne auf, und der innert einem Tag um 180 Grad gewendete Bundesrat ließ am Radio wohlgemut verlauten:

»Der Bundesrat erwartet von den getroffenen Maßnahmen eine allgemeine Entspannung der Gemüter, eine Stärkung des Vertrauens, eine Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarktes und eine allgemeine Belebung von Handel und Wandel des ganzen Volkes.«

So sind aus tausend prominenten Saulus tausend angepaßte Paulus geworden – bis auf einen, nämlich Prof. Dr. Eugen Großmann: Vierzehn Tage nach der Abwertung war in der Presse zu lesen:

»Eine Folge der Abwertung. Prof. Dr. Großmann hat als Präsident der eidgenössischen Konjunkturkommission demissioniert. Prof. Dr. Großmann stand in vorderster Linie im Kampf gegen die Abwertung; mit der Umstellung der eidgenössischen Wirtschaftspolitik konnte er sich nicht abfinden. Man wird Prof. Dr. Großmann zugestehen müssen, daß er konsequent geblieben ist. Die Abwertung des Schweizerfrankens ist dem Züricher Volkswirtschaftler so zu Herzen gegangen, daß er erklärte, aus diesem »bankrotten Land« für einige Zeit verreisen zu müssen. Er begab sich nach Italien. Ein tragisches Geschick wollte, daß kurz darauf von Mussolini die Abwertung der Lira beschlossen wurde.« (Italien wertete am 5. Oktober um 40,94 % ab).

Der Stunde der Wahrheit kann man nicht enttrinnen!

Das Fazit

Mit dem Abwertungsbeschluß vom 27. September 1936 war die alte Ordnung wieder hergestellt worden, wie sie seit dem 30. Juli 1914 bis zum 28. März 1930 bestanden hatte. Die Krise 1930 – 36 mit all' den sinnlosen Opfern wäre vermeidbar gewesen, wenn man nicht, wider besseres Wissen, am 1. April 1930 die Gold-

währung wieder eingeführt, und, entgegen allen unablässigen Warnungen der Freiwirtschaftler, bis zum bitteren Ende durchgezogen hätte.

Im Jahresbericht 1936/37 der »Vereinigung für gesunde Währung« hieß es:

»Der beträchtliche Aufwand, der dabei eingesetzt worden ist (im Kampf gegen »währungspolitische Irrlehren – vor allem der Freiwirtschaftler« Der Verf.) erwies sich bedauerlicherweise als nutzlos, indem am 26. September 1936 gegen den Standpunkt der Vereinigung entschieden worden war.«

Seither ist die 'Vereinigung' tot, die Freiwirtschaftler aber nicht, denn die Monate nach der Abwertung galt es, energisch gegen Mißbräuche und bundesrätliches Fehlverhalten zu opponieren. (Näheres siehe: »75 Jahre Schweizerische Nationalbank in Konzeptions- und Zielkonflikten«.)

Es wäre eine sorgfältige Dissertation wert, den Einfluß von Währungsdisparitäten auf den Gang der Volkswirtschaft und vor allem die eklatante Raschheit der gesunden Wirkung der Rückkehr zur währungspolitischen Vernunft am Beispiel der 30er Jahre herauszuarbeiten.

Keine geringere als die Schweizerische Nationalbank mußte in ihrem Jahresbericht 1936 für die drei letzten Nachabwertungs-Monate des Jahres feststellen:

»Eine der ersten Folgen der Abwertung war die Auflockerung der Goldhortung.«

»Nach der Abwertung setzte eine rege Emission von Obligationen ein. Kantone und Gemeinden konvertierten kündbare, hochverzinsliche Anleihen in tiefer verzinsliche und konnten zu günstigen Bedingungen neue Gelder für die Durchführung öffentlicher Arbeiten aufnehmen.«

»Die Liquidität der Banken hat sich seit der Abwertung gebessert. Namentlich den größeren Instituten flossen neue Gelder zu.«

»Die Umsätze an den Börsen erreichten nach der Abwertung Höchstwerte.«

»Die Arbeitslosigkeit nahm im letzten Vierteljahr, dem Einfluß der Jahreszeit entsprechend, noch weiter zu. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zunahme jedoch merklich verlangsamt und am Jahresende ist die Zahl der Stellensuchenden mit 105.000 immerhin um 14.000 geringer als Ende 1935.«

»Einen erfreulichen Rückgang verzeichnet insbesondere die Teilarbeitslosigkeit.«

Wer sich der Mühe unterzieht, die Monatsberichte unserer Großbanken durchzukämmen, wird feststellen, daß sich in jedem Goldblock-Staat innert weniger Monate nach der jeweiligen Abwertung »eine höchst erfreuliche Belebung der

Wirtschaft« abgezeichnet hatte – wie sie nach dessen Eintritt in den Goldblock im Frühjahr 1930 sich verschlechtert hatte.

Nicht nur ist der enge Zusammenhang zwischen Währungspolitik und Wirtschaft evident, sondern auch die Unmittelbarkeit der Folgen von Aktion und Reaktion, von Ursache und Wirkung im Währungsbereich ist bemerkenswert.

Ausblick

Man darf wohl, ohne fehl zu gehen, erkennen, daß eine derartig katastrophale Verwirrung der 'währungspolitischen Geister, die man allenthalben rief heute undenkbar ist.

Unsern heutigen Politikern ist ein weiterer Horizont zuzutrauen – schon der zu befürchtenden 'Skandale' wegen.

Vor allem aber hat unsere Nationalbank, seit den fünfziger Jahren konisch einlaufend, besonders seit Anfang der siebziger Jahre, dank ehrlichem Willen, dank sorgfältig aufgebauter Volkswirtschaftlicher Forschungsabteilung ein Potential an währungspolitischen Grundwissen aufgebaut, das ihr erlaubt, das Währungsschiff effizient zum optimalen Wohle des Volkes zu steuern. Insbesondere ist das Direktorium seit der Aera *Stopper/Leutwiler* mit dem heutigen Trio *Languetin/Lusser/Meier* in der Lage, nicht nur die Währung unseres Landes vorbildlich zu führen, sondern auch international im Sinne einer nach modernen Erkenntnissen konzipierte Geldmengenzpolitik wegleitend zu wirken.

Dieser kurze Rückblick zum Anlaß »50 Jahre nach der Abwertung vom 26. September 1936« hat wiederum gezeigt, wie *Silvio Gesell* Recht hatte, wenn er sagte:

»Es gibt in der Volkswirtschaft keine kleinen Fehler. Der geringste Mißgriff zieht unberechenbare Folgen nach sich; ebensowenig existieren im Studium der Volkswirtschaftslehre kleine Unterlassungssünden.« (1892, die Verstaatlichung des Geldes).

»Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gefuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen: Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren. (1920, »Die Freiwirtschaft vor Gericht«).

Für die bundesdeutschen und österreichischen Leser: Hans Hoffmann 'Bundesrat' entspricht dem bundesdeutschen und österreichischen 'Minister'.

Weiterführende Literatur:

Friedrich Salzmann:

– An die Überlebenden, 1945

Werner Schmid:

- Die Geschichte des Schweizerfrankens, 1969
- Eingabe an den Bundesrat zum Jahrestag der Abwertung, 1938
- Abbau oder Abwertung?, 1936

Hans Hoffmann:

- Mehr wissen über das Geld und seine Funktionen, 1984
- 75 Jahre Schweizerische Nationalbank in Konzeptions- und Zielkonflikten, 1982 (Daraus die meisten Zitate)
- Das Gold der Schweizerischen Nationalbank, 1981
- Stabilität bei fixierten und freien Wechselkursen, 1972
- Der Schweizerfranken - 20 Jahre danach, 1956

Ankündigungen

*Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V.*

Arbeitsgruppe Boden, Geld, Eigentum Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit

Am 8. und 9. November 1986
veranstaltet die Arbeitsgruppe
»Boden, Geld, Eigentum«
ihr nächstes Seminar.

Thema: Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung in der
Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der
Geldfunktion

Tagungsort: Trithemius-Institut
Badstraße 35, Telefon (071 64) 2572,
7325 Boll

Programme können beim Seminar für freiheitliche Ordnung,
Badstraße 35, 7325 Boll,
angefordert werden.

Arbeitsgruppe
Boden, Geld, Eigentum
Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit

Gesprächsablauf:

Samstag, den 8. November 1986

- 10-10.30 Uhr - Dr. H. H. Vogel -
Begrüßung und Einführung in das Thema Arbeitslosigkeit
und Vollbeschäftigung auf dem Hintergrund des Geld- und
Bodenrechtes
- 10.30-11.15 - Fritz Penserot -
Voraussetzungen einer Vollbeschäftigungswirtschaft
- 11.15-12.00 Uhr Aussprache
- 12.00-14.00 Uhr Mittagspause
- 14.00-14.30 Uhr Kaffee
- 14.30-16.00 Uhr Einführung durch Heinz-Peter Neumann in die Aussprache
mit angemeldeten Diskussionsbeiträgen. Aufgefordert sind:
Fritz Andres, Jobst von Heynitz, Reinhold Kraeger, Fritz
Penserot, Werner Pohl, Hugo Schwenk, Dr. L. Vogel
- 16.00-16.30 Uhr Pause
- 16.30-17.30 Uhr Fortsetzung der Aussprachen.
- 17.30-19.00 Uhr Abendpause
- 19.00 Uhr - Prof. Dr. Dieter Suhr -
Das Geld, eine konstruktive Kritik aus ökonomischer,
rechtlicher und kultureller Sicht

Sonntag, den 9. November 1986

- 9.00-11.30 Uhr Aussprachen und Ergebnisse des Vortages
- 11.30-12.00 Uhr - Heinz-Peter Neumann -
Zusammenfassung

Bad Boll Medizinisches Seminar

Grundlagenseminar III von Freitag, den 17. Oktober 1986 bis Sonntag, den 19. Oktober 1986

- Tagungsort:* Im Saal der Firma Wala-Heilmittel Bad Boll/Eckwälden
- Beginn:* Freitag, den 17. Oktober 1986 – 14.00 Uhr
- Ende:* Sonntag, den 19. Oktober 1986 – 12.00 Uhr
- Gesamthema:* Anthroposophie und Homöopathie
Heilmittelstudien: Silber, Eisen, Gelsemium, Chamomilla

Freitag, den 17. Oktober 1986

- 14.00–15.15 Uhr – Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel –
Anthroposophisch–menschkundlicher Aspekt der
therapeutischen Wirksamkeit von Silber, Eisen, Gelsemium
und Chamomilla
Aussprache
- 15.15–15.30 Uhr Kurzpause
- 15.30–16.15 Uhr – Dr. med. Martin Stübler – Teil I
Argentum
- 16.15–16.45 Uhr Pause
- 16.45–17.30 Uhr – Dr. med. Martin Stübler – Teil II
Ferrum
- 17.30–18.00 Uhr Aussprache
- 18.00–20.00 Uhr Abendpause
- 20.00–21.00 Uhr Therapeutisches Gespräch im Plenum

Samstag, den 18. Oktober 1986

- 9.00- 9.45 Uhr - Dr. med. H. M. Stellmann - Teil I
Silber und Eisen in der Kinderheilkunde
Silber - Abgrenzung gegenüber Gelsemium
- 9.45-10.15 Uhr Pause
- 10.15-11.00 Uhr - Dr. med. H. M. Stellmann - Teil II
Ferrum - Abgrenzung gegenüber Chamomilla
- 11.00-12.00 Uhr Aussprache und Fragenbeantwortung
- 12.00-14.00 Mittagspause
- 14.00-14.45 Uhr - Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel -
Argentum
Nervensystem und Reproduktionsorgane
- 14.45-15.15 Pause
- 15.15-16.00 Uhr - Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel -
Eisen und eisenverwandte Substanzen - ihre Beziehung
zum rhythmischen System
- 16.00-16.30 Uhr Aussprache
- 16.30-17.15 Uhr - Dr. med. Ludger Simon -
Schmerzbehandlung mit homöopathischen Arzneimitteln
- 17.15-18.00 Aussprache
- 18.00-20.00 Uhr Abendpause
- 20.00-21.00 Uhr - Dr. med. Andreas Rohen -
Silber- und Eisentherapie in der Psychiatrie
Aussprache

Sonntag, den 19. Oktober 1986

- 9.00-10.00 Uhr - Dr. med. Karl Buchleitner -
Die Stellung der Homöopathie in der Gesamtmedizin mit
praktischen Beispielen
- 10.00-10.30 Uhr Pause
- 10.30-11.30 Uhr - Dr. med. Lothar Vogel -
Anthroposophie und Homöopathie
Abschluß

Bad Boller Medizinisches Seminar

- im Trithemius-Institut -
- Freies Hochschulkolleg e.V. -

Tierärzte-Seminar
vom 1. bis 2. November 1986

Thema: **Bewegungsorganismus
Pathologie und Therapie**

Tagungsort: im Saal der Firma Wala-Heilmittel GmbH
Bad Boll/Eckwälden

Beginn: Samstag, den 1. November 1986, 9.00 Uhr

Ende: Sonntag, den 2. November 1986, 17.30 Uhr

Samstag, 1. November 1986

9.00- 9.30 - Dr. H. H. Vogel -
Der Bewegungsorganismus
Unterschiede Mensch und Tier

9.30-10.15 Uhr - Dr. med. vet. Walter Greiff -
Biologische Therapie und sogenannte Naturheilverfahren
Begriffe, Definitionen und gemeinsame Grundsätze

10.15-10.45 Uhr Pause

10.45-11.30 Uhr - Dr. med. vet. Hartmut Krüger -
Zur Übertragbarkeit von homöopathischen Arzneimittel-
prüfungen auf das Tier.
Brauchen wir homöopathische Arzneimittelprüfungen an
Tieren?

- 11.30-12.00 Uhr Zeit für Fragen und Ergänzungen zu den vorangegangenen Vorträgen
- 12.00-12.15 Uhr Kurzpause
- 12.15-13.00 Uhr - Dr. med. vet. Wilhelm Höfer -
Besprechungen von 3 Arzneimittelbildern im Zusammenhang mit Bewegungsstörungen bei Großtieren
- 13.00-15.00 Uhr Mittagspause
- 15.00-16.00 Uhr - Dr. med. vet. Walter Greiff -
Behandlung der sogenannten Krämpfigkeit der Kühe
- 16.00-16.30 Uhr Aussprache
- 16.30-17.00 Uhr Pause
- 17.00-18.00 Uhr - Dr. med. vet. Hartmut Krüger -
Homöopathische Behandlung von Bewegungsstörungen bei Kleintieren
- 18.00-18.30 Uhr Aussprache
- 18.30-20.00 Uhr Abendpause
- 20.00-20.45 Uhr - Dr. med. vet. Barbara Münchau -
Interessante Fälle aus der Tätigkeit eines Zoo-Arztes
Aussprache

Sonntag, 2. November 1986

- 9.00- 9.45 Uhr - Dr. H. H. Vogel -
Der Begriff der Konstitution bei Mensch und Tier im Hinblick auf die Therapie
- 9.45-10.45 Uhr - Dr. med. vet. Dietrich Wiendieck, Gestüt Maple Ridge Farm, Millbrook N.Y. -
Konstitutionelle Mängel am Bewegungsapparat des Pferdes
- 10.45-11.30 Uhr Pause
- 11.30-12.30 Uhr - Dr. med. vet. Annerose Weiß -
Behandlung von Bewegungsstörungen des Rindes durch Akkupunktur
- 12.30-14.00 Uhr Mittagspause

- 14.00–15.00 Uhr – Dr. med. vet. Walter Greiff –
Biologische Therapie von Mineralstoffwechselstörungen des
Rindes.
Festliegen, Ostealgie und anderes
- 15.00–15.30 Uhr Zeit für Fragen und Ergänzungen zu den vorangegangenen
Vorträgen
- 15.30–16.00 Uhr Pause
- 16.00–16.30 Uhr – Dr. med. vet. Hartmut Krüger –
Zusammenfassung, Ergebnis und Entgegennahme von
Themenwünschen für die nächsten Tierärzte-Seminare
- 17.00 Uhr – Dr. H. H. Vogel –
Schlußwort und Verabschiedung

Dieter Suhr und Hugo Godschalk

Optimale Liquidität

Eine Liquiditätstheoretische Analyse
und
ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept

Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main

Vorwort

In dieser Studie werden geldordnungstheoretische Überlegungen, die seit etwa 4 Jahren in der Diskussion sind, sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht weiterentwickelt.

Dem Konzept liegen grundlegende geldordnungspolitische Ansätze zugrunde. Aber entgegen den Vermutungen, die von Kritikern und Skeptikern geäußert worden sind, laufen die Einsichten zum monetären Meß-, Liquiditäts-, Kredit- und Zahlungssystem, um die es dabei geht, gerade nicht darauf hinaus, daß grundlegende volkswirtschaftliche Erkenntnisse für obsolet erklärt werden oder gar »die ganze Ökonomie auf den Kopf« gestellt wird. Ganz im Gegenteil: Die liquiditätstheoretischen Befunde, bei denen im Folgenden angeknüpft wird, sind wirtschaftswissenschaftliche Selbstverständlichkeiten.

Auch die Einsichten, die sich daraus ergeben, folgen gerade dann zwanglos, wenn man geläufige ökonomische Theoreme und Vorstellungen nicht etwa vernachlässigt oder umstülpt, sondern zugrundelegt und anwendet.

Was aber ist dann auf den folgenden Seiten überhaupt »neu« und wert, abgedruckt

zu werden? – Die Antwort läßt sich am besten formulieren, wenn man sie modelltheoretisch faßt: eine vermeintliche Konstante der bisherigen ökonomischen Modellvorstellungen wird als das aufgefaßt und behandelt, was sie in Wahrheit ist, nämlich als Variable. Einige Größen im Zusammenhang mit der monetären Liquidität, die bislang ganz selbstverständlich als vorgegeben und unveränderlich vorausgesetzt worden sind, erscheinen infolgedessen ebenfalls als veränderbar. Im Folgenden wird mithin ein Datum der bisherigen monetären Modellvorstellungen zum Parameter. Das bringt Spielräume für Theorie und Praxis mit sich. Es führt hin zu einigen, z. T. geradezu trivialen Konsequenzen. Es ermöglicht aber auch wichtige Korrekturen an der neuen Geldtheorie.

Paradigmata der Ökonomie aber werden nicht in Frage gestellt. Neue Paradigmakandidaten werden nicht angeboten. Es geht nur um etwas mehr Beweglichkeit im hergebrachten Paradigmengerüst der Wirtschaftswissenschaften. Bei dem vermeintlichen kapitaltheoretischen Datum, das sich als liquiditätstheoretischer Parameter erweist, handelt es sich allerdings um eine Variable von zentraler Funktion

und Bedeutung. Also reichen die theoretischen und praktischen Folgen des Gewinnes an Beweglichkeit verhältnismäßig weit, und auf diesem Wege über ihre Folgen wird die »neue Beweglichkeit« am Ende einem Paradigmenwechsel doch noch vergleichbar. Wie bei einem Paradigmenwechsel ergeben sich auch Akzeptanzprobleme: Schwierig sind nicht die neuen Ideen, schwierig aber ist, den alten zu entkommen. Das praktische kredit- und liquiditätswirtschaftliche Konzept schließlich, auf das die allgemeinen geldtheoretischen Überlegungen hinauslaufen, zielt auf optimale Versorgung der Wirtschaft mit Kredit und Liquidität. Insofern hat man es mit einer neuen Variante zum alten Problem vom optimalen Geld zu tun. Da dieser praktische Vorschlag nicht im Bereich des staatlichen Währungsmonopols angesiedelt ist, sondern davon ausgeht, daß die Geschäftsbanken ohnehin tagtäglich Privatgeld emittieren und dabei

miteinander konkurrieren, hat man es zugleich mit einer Variante zu den Vorschlägen zu tun, die auf Optimierung der Geldordnung ohne den Staat und durch Wettbewerb hinauslaufen: mit einer eigenartigen Variante konkurrierender Liquiditätsanbieter freilich, die den Anspruch erhebt, bewußter und konsequenter liquiditätstheoretisch legitimiert zu sein als etwa die Konzepte von F. A. von Hayek oder W. Engels.

In der Rohfassung stammte das dritte Kapitel über die wohlfahrtstheoretischen Aspekte der Liquidität von Hugo Godschalk, die übrigen von Dieter Suhr. So verteilt sich auch die Hauptverantwortung für den Inhalt. Wechselseitige Kritik und Anregungen führten jedoch zu Änderungen, Ergänzungen und Umgestaltungen, so daß letztlich eine Gemeinschaftsarbeit entstanden ist, bei der manche Überlegung des einen sich im Kapitel des anderen wiederfindet.

Inhaltsübersicht

	Seite
1. Kapitel: Liquiditätsnutzen und Liquiditätskosten aus mikroökonomischer Sicht	
§ 1 Der liquiditätstheoretische Ansatz	15
§ 2 Liquiditätsnutzen	22
§ 3 Liquiditätskosten	36
§ 4 Nutzen – Kosten – Struktur der monetären Liquidität	42
2. Kapitel: Makroökonomie der Inkongruenzen von Liquiditätsnutzen und Liquiditätskosten	
§ 5 Das liquiditätstheoretische Lenkungsproblem	55
§ 6 Lenkungseffekte des Liquiditätsnutzens und der Liquiditätskosten	66
§ 7 Volkswirtschaftliche Folgen	78
3. Kapitel: Liquidität aus wohlfahrtsökonomischer Sicht	
§ 8 Externe Effekte im Zusammenhang mit der Erzeugung von Liquidität	
§ 9 Bewältigung der externen Effekte	102
§ 10 Das Problem der internationalen Liquidität	115
4. Kapitel: Rekonstruktion von Liquidität und Kredit	
§ 11 Optimale Liquidität	128
§ 12 Oeconomia Augustana Optimale Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit	137

Eine ausführliche Besprechung hoffen wir im nächsten Heft bringen zu können.

Redaktion

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Fritz Penserot

Hugo Schwenk

Hans Hoffmann

Dhauner Straße 182, 6570 Kirn/Nahe

Rehleitenweg 25, 8200 Rosenheim

Bodenacker 30, CH-Bollingen + Bern

Vorankündigung für Heft 183

**Verlust der Menschenwürde
(Säkularisation des Menschen)**

»Fragen der Freiheit«:
Das Archiv für die freiheitlichen Stimmen
der Gegenwart!

- Aktive Mitarbeit
- Korrespondenz
- Werbung
- Bezug:

Seminar für freiheitliche Ordnung,
7325 Boll, Badstraße 35, Tel. (071 64) 25 72
oder:

Hans Hoffmann, Bodenacker 30, 3065 Bollingen/Bern, PC 30-58604

Druckkostenbeitrag

- a) im Jahresabonnement DM 48,-- / sfr. 40.- / ö.S. 350.-
- b) Einzelhefte DM 8,50 / sfr. 7.- / ö.S. 60.-
- c) Fördernde Mitgliedschaft DM 60,-- (steuerabzugsfähig)
Dabei Fragen der Freiheit unentgeltlich!

Bankverbindungen:

Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll e.G. Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66
Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261 404 602
Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35,
Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 48.–, sfr. 40.–, ö.S. 350.–

Einzelhefte: DM 8.50, sfr. 7.–, ö.S. 60.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Goethe

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen

